

Das Ziel: eine bessere Welt

____ **Schwerpunkt:** Zehn Jahre UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung ____ **Meinung:** Was die Welt von demokratischen Bewegungen in Afrika lernen kann ____ **Meinung:** Die Kommerzialisierung der Politik höhlt die Demokratie in Tansania aus ____ **Aus aller Welt:** Welche Folgen die Wasserstreitigkeiten zwischen Indien und Pakistan haben ____



Meinung — 5

5 Was die Welt von demokratischen Bewegungen in Afrika lernen kann

Aya Chebbi

9 Die Kommerzialisierung der Politik durch die Wirtschaftselite höhlt die Demokratie in Tansania aus

Lawrence Kilimwiko

„Die mangelnde Bürgernähe der Parlamentarier*innen ist ein wesentlicher Faktor für die Wahlverdrossenheit in Tansania.“

Lawrence Kilimwiko, S. 9



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Tsvangirayi Mukwazhi

Quecksilber aus dem Goldabbau verschmutzt
Trinkwasser in Simbabwe, S. 15.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Brian Inganga

Aus aller Welt — 12

12 Konsequenzen des Streits um das Wasser des Indus zwischen Indien und Pakistan

Imran Mukhtar

15 In Simbabwe verursacht der unregulierte Abbau von Gold hohe Kosten für Umwelt und menschliche Gesundheit

Tsitsi Bhobo

18 Heutzutage: Konflikte zwischen Menschen und Wildtieren an der Grenze zwischen Malawi und Sambia entschärfen

Lameck Masina

„Pakistan erklärte, es werde jeden Versuch, den Fluss seines Wasseranteils zu stoppen oder umzuleiten, als ‚kriegerische Handlung‘ betrachten.“

Imran Mukhtar, S. 12

21

Schwerpunkt

Das Ziel: eine bessere Welt

22 Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) stehen unter Beschuss und müssen verteidigt werden

Eva-Maria Verfürth

23 Zahlen und Fakten zum Fortschritt der UN-Entwicklungsziele

Isah Shafiq

25 „Die Nachhaltigkeitsziele gehören zum Feindbild“

Interview mit Imme Scholz

29 Nepal kommt bei Armutsbekämpfung und Infrastruktur voran, hat aber in anderen Bereichen noch erhebliche Defizite

Rukamanee Maharjan

32 „Nicht alle Länder werden denselben Entwicklungsweg einschlagen“

Interview mit Javier Bronfman

36 Usbekistan verdankt seinen erstaunlichen SDG-Fortschritt unter anderem einer Liberalisierung des Bildungssystems

Shahida Tulaganova

39 Deutschland steht im internationalen Vergleich gut da, hat aber noch große SDG-Baustellen, etwa beim Ziel „Weniger Ungleichheiten“

Tobias Hauschild

42 Weshalb wir uns auf den Kern der SDGs rückbesinnen sollten

Estelle Herlyn

Illustration: Naila Conita / Unsplash



Titelbild: Illustration von Naila Conita (siehe S. 4).

Vor zehn Jahren einigten sich die UN-Mitgliedstaaten darauf, gemeinsam eine Welt zu gestalten, in der alle Menschen gut leben können. Seitdem sind einige Länder zwar deutlich vorangekommen, doch werden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 nicht erreicht. Die Corona-Pandemie und gekürzte Entwicklungsgelder werfen Errungenschaften zurück, und weltweit verbünden sich Kräfte, um internationale Vereinbarungen zu torpedieren. Angesichts solcher Widrigkeiten darf die Weltgemeinschaft das Ziel einer besseren Welt aber keinesfalls aufgeben.



KÜNSTLERIN

Naila Conita

Instagram: @nailaconita

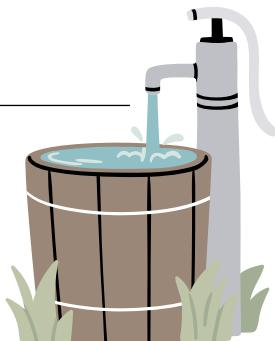
Naila Conita ist eine Illustratorin aus Indonesien. Hier stellt sie sich und ihre Arbeit vor:

„Ich bin Illustratorin aus der Stadt Malang in Indonesien. Derzeit arbeite ich sowohl freiberuflich als auch als Teil des Kreativteams bei Louts Studio, einer Designfirma. Mein Illustrationsstil kombiniert flache Formen mit sanften Verzerrungen, und mein Schwerpunkt liegt auf redaktionellen Illustrationen. Mein kreativer Prozess umfasst Recherche, das Anfertigen von Skizzen und die digitale Fertigstellung des Kunstwerks. Ich lasse mich oft von menschlichen Themen inspirieren, sei es alltägliche emotionale Erfahrungen, spezielle Gesten oder zwischenmenschliche Beziehungen. Ich hoffe, dass ich weiterhin mit Freude kreative Werke schaffen kann, in die Kunst und das Bildmaterial eintauche und mich inspirieren lasse, um mich als Illustratorin weiterzuentwickeln.“

Zwei Illustrationen von Naila Conita sind auf unserer Titelseite bzw. am Anfang des Schwerpunkts zu sehen.

Die gute Nachricht

Laut UNICEF haben zwischen 2015 und 2024 rund 961 Millionen Menschen Zugang zu „sicher kontrolliertem Trinkwasser“ erhalten – also zu Wasser, das bei Bedarf jederzeit leicht zugänglich und frei von Kontamination ist. Die weltweite Versorgungsquote in dieser höchsten Kategorie stieg dadurch von 68 % auf 74 %. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass 2,1 Milliarden Menschen dieser sichere Zugang weiterhin fehlt. 1,5 Milliarden von ihnen können zumindest eine saubere Wasserquelle innerhalb von 15 Minuten erreichen. Die übrigen 600 Millionen sind hingegen entweder auf lange Wege angewiesen oder nutzen Quellen, die nicht ausreichend vor Verunreinigung geschützt sind.



7.3 % der afrikanischen Landmasse

wurden 2024 durch Brände zerstört. Dies geht aus Satellitendaten des Global Wildfire Information System (GWIS) hervor. Falls Sie diese Zahl zum ersten Mal hören, ist das nicht verwunderlich, denn obwohl in Europa und den USA im gleichen Jahr „nur“ jeweils 0,6 % der Landmasse von Waldbränden betroffen waren, waren diese Brände viel stärker im Fokus der globalen Berichterstattung.

Eine Reaktion der internationalen Gemeinschaft blieb weitgehend aus, und afrikanische Länder sehen sich oft gezwungen, ihre Budgets für die Brandbekämpfung zu kürzen. Gleichzeitig hat der Kontinent Forschenden zu folge dem Globalen Norden etwas voraus: Statt Brände mit immer mehr Ausrüstung und Löschflugzeugen zu bekämpfen, benötige es ein integriertes Brandmanagement, das beispielsweise feuerresistente Zonen um Wohnhäuser sowie eine bessere Bewirtschaftung von Wäldern umfasst – und das in manchen afrikanischen Ländern bereits umgesetzt wird.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Brian Inganga

DEMOKRATIE

Was die Welt von afrikanischen Bewegungen lernen sollte

*Von der Absetzung von Diktator*innen bis hin zur Infragestellung globaler Systeme – afrikanische Jugendbewegungen setzen Maßstäbe für Demokratien auf der ganzen Welt. Ihr Kampf um Würde und soziale Gerechtigkeit bietet einer mit antidemokratischen Regimen kämpfenden Welt wichtige Einsichten.*

VON AYA CHEBBI

Am 4. November gewann Zohran Mamdani die Bürgermeisterwahl in New York City mit einem historischen Sieg. Beobachter*innen aus westlichen Demokratien loben Mamdani gerne für seine kraftvollen Botschaften an die Wahlberechtigten – die mehr als 100.000 freiwilligen Wahlkampfhelfer*innen oder die lebendige Bürgerbewegung, die sie verkörpern, werden allerdings selten gewürdigt. Der Aufbau von Bewegungen spielt eine entscheidende Rolle für die Stärkung und den Erhalt von Demokratien. In Afrika verstehen wir uns darauf, Empörung und Verzweiflung in kollektives Handeln und organisierten Widerstand umzuwandeln.

„Politik kann nicht durch Sündenböcke aufrechterhalten, Demokratie nicht durch Angst verteidigt werden.“

Auf dem afrikanischen Kontinent gab es im 21. Jahrhundert zwei Wellen von Jugendbewegungen. Die erste kam von meiner Generation – den Millennials. Sie erstreckte sich grob auf den Zeitraum zwischen 2010 und 2020. Ich selbst wuchs in einer Diktatur auf und lebte 23 Jahre lang unter einem einzigen Präsidenten, bis Ende 2010 die Revolution in Tunesien begann. Ich war Teil der Jugendbewegung, die den Lauf der Geschichte veränderte und die Herrschaft von Präsident Ben Ali beendete.

Im Nachhinein behaupten nun manche, demokratische Übergänge seien „schlimmer“ gewesen als die Diktaturen, die sie ersetzt haben. Ich werde oft gefragt: War es das wert? Meine Antwort lautet immer: Ja. Veränderungen mögen schrittweise erfolgen, aber sie summieren sich. Demokratie bedeutet nicht nur Hoffnung, sondern auch Handlungsfähigkeit. Sobald Menschen ihre Angst überwinden, beginnen sie, ihre Kräfte zurückzugewinnen und Rechenschaft zu fordern. Ich finde, man kann nicht schweigen, nur weil man Angst hat, die Lage könnte sich verschlechtern – denn ohne eine Veränderung wird es ziemlich sicher so kommen. Seit 2010 gab es in ganz Afrika Tausende von Protesten; mindestens zehn Diktatoren wurden von durch Jugendliche angeführten Bewegungen gestürzt. Das waren nicht nur Proteste, sondern Regimewechsel.

Die zweite Welle von Jugendbewegungen wird seit etwa fünf Jahren von der Generation Z angeführt. Ihr Kampf ist

nicht mehr als der alte Kampf zwischen Diktatur und Demokratie zu verstehen. Er konzentriert sich auf Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und die Frage, ob Regierungen im öffentlichen Interesse handeln. Diese neue Bewegung ist zunehmend antikolonialer Natur. Die Gen Z lehnt sich gegen das gesamte System auf, das koloniale Vermächtnisse aufrechterhält: Schuldenfallen des IWF, Währungssteuerungen wie beim CFA-Franc, die unvollendete Abschaffung der Apartheid und die tief verwurzelten Ungleichheiten von Slum-Wirtschaften. Ihr Widerstand richtet sich nicht nur gegen korrupte ältere Machthabende, sondern gegen ein System, das darauf ausgelegt ist, die afrikanischen Nationen abhängig zu halten.

In Kenia haben die Proteste der Gen Z in den letzten zwei Jahren ein vom IWF unterstütztes Finanzgesetz infrage gestellt und Transparenz sowie jugendorientierte Wirtschaftsreformen gefordert. In Madagaskar kam es kürzlich zu Demonstrationen als Reaktion auf chronische Versorgungssengpässe, hohe Arbeitslosigkeit und kollabierende Regierungsstrukturen. In Marokko haben sich dezentrale Netzwerke wie „Gen Z 212“ mobilisiert. Sie fordern Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen und die Priorisierung von Grundrechten vor Fußballstadien und Spektakeln.

Diese Jugendbewegungen bieten vier wichtige Lehren:

1. DIE MACHT DES VOLKES

In allen westlichen Demokratien, selbst unter progressiven Parteien, stehen derzeit Lebenshaltungskosten und Migration im Vordergrund. Die politische Debatte hat sich dahin verlagert, die Ängste der Wähler*innen zu verwalten, anstatt die kollektive Vorstellungskraft zu mobilisieren. Der Fokus liegt überwiegend auf Wahlverhalten, Umfragen und der Stimmung, aber es wird wenig Aufmerksamkeit auf Organisation gelegt: auf den Aufbau von Bewegungen, die die Demokratie über den Wahltag hinaus aufrechterhalten können.

Wo Institutionen schwach sind, sind es Bürger*innen und soziale Bewegungen, die die Machthabenden zur Rechenschaft ziehen. Doch statt daraus etwas zu lernen, definieren sich viele Demokratien inzwischen über Angst. Die USA und Europa beherrschen zunehmend ein Narrativ, das darauf abzielt, ein Feindbild zu identifizieren – jemanden, dem man die Schuld für wirtschaftliche Not oder politische Stagnation geben kann.

Aber wir brauchen keine Feindbilder. Politik kann nicht durch Sündenböcke aufrechterhalten, Demokratie nicht durch Angst verteidigt werden. Es sollte nicht darum gehen, Gegner*innen zu attackieren oder Bösewichte zu finden – das führt nur zu Polarisierung. Wir müssen die Politik des Opferdaseins hinter uns lassen, die ständigen Bot-

schaften darüber, wen man fürchten, wen beschuldigen und wer schweigen soll. Dieser Kurs ruiniert jegliche Politik der Visionen. Wenn Demokratie auf Schuldzuweisungen und Klagen reduziert wird, werden die autoritären Mächte immer gewinnen. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, dass Demokratie stärker ist, wenn sie die Menschen ermächtigt, und nicht, wenn sie Gegner*innen dämonisiert.

„Vielleicht ist es heute der Westen, der lernen muss, wie man die Demokratie verteidigt.“

2. DEMOKRATIE MUSS WÜRDE BIETEN

Für Wählende in westlichen Demokratien sind die Lebenshaltungskosten das wichtigste Thema, Wahlberechtigten in Afrika hingegen geht es um würdige Jobs. Der Slogan unserer Revolution in Tunesien war: „Arbeit, Freiheit und Würde“. Es ging um finanzielle Freiheit. Unsere Sorge gilt den mehr als 12 Millionen jungen Menschen, die jedes Jahr in Afrika ins Berufsleben eintreten, von denen aber nur wenige eine angemessene Arbeit finden. 2013 wurde mein eigner Bruder Adam von Daesh (Islamischer Staat) rekrutiert. Er war frischgebackener Ingenieur, ausgebildet wie die meisten Jugendlichen in Tunesien, wo die Alphabetisierungsrate unter den 15- bis 24-Jährigen bei über 95% liegt, die Mehrheit jedoch arbeitslos ist. Er hatte Wissen. Aber er hatte keine Chance.

Zugang zu Wissen ohne Zugang zu Chancen ist Zugang zu Frustration. Das passiert, wenn die Vorstellungskraft versagt. Wenn Demokratie keine Würde bietet, suchen junge Menschen anderswo nach Sinn. Dann tun wir überrascht, wenn junge Menschen rebellieren, ihre Länder verlassen, an Drogen oder in die Fänge bewaffneter Gruppen geraten oder auf der Suche nach echten Chancen im Mittelmeer sterben. Welche andere Wahl lassen wir ihnen denn?

Deshalb sollte es in unserem Kampf für Demokratie nicht nur um Stimmzettel und Verfassungen gehen. Es muss um Jobs, Freiheit und Würde gehen – darum, jungen Menschen etwas zu geben, an das sie glauben können, damit sie nicht jenen glauben, deren Versprechen Gewalt erfordern.

Wir müssen mehr sehen als das Wahlverhalten, das letztlich nur durch den politischen Diskurs geprägt ist. Es wirkt immer mehr so, als ginge es politischen Parteien nur dar-

um, Wahlen zu gewinnen, statt sich für das Wohl der Menschen einzusetzen. Die Demokratie wurde ebenfalls auf die Vorstellung reduziert, dass es um Erfolge geht, statt um den Dienst für das Volk. Westliche demokratische Parteien sollten aufhören, auf rechtsextreme Narrative zu reagieren. Stattdessen sollten sie sich um die alltäglichen Probleme kümmern, die Leben, Arbeit, Wohnsituation, Bildung, Pflege und Hoffnungen der Menschen bestimmen.

3. GENERATIONSÜBERGREIFENDE GEMEINSAME FÜHRUNG

Es gibt eine Führungskrise, aber es gibt auch eine Repräsentationskrise von Frauen und jungen Menschen. Unsere Machthabenden in Afrika sind durchschnittlich etwa 63 Jahre alt – das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung liegt allerdings bei unter 20 Jahren. Somit ist eine ganze Generation von der Macht ausgeschlossen. Die alte Garde, die patriarchalisch und isoliert bleibt, verlängert systematisch Rentenalter und Amtszeiten der Präsident*innen und reduziert so zugleich alle Chancen, dass neue Führungskräfte aufsteigen.

Das ist nicht nur eine Generationskluft, sondern auch eine demokratische Blockade. Unsere Zukunft gestalten jene, die am wenigsten von ihr betroffen sind. Das Ergebnis ist eine Politik, die veraltet, männlich dominiert und losgelöst von den drängenden Realitäten unserer Zeit wie Klima, Arbeit, Technologie und Pflege ist.

Wenn niemand den jungen Menschen zuhört, gehen sie auf die Straße. Deshalb müssen wir mit Vorstellungskraft vorangehen und junge Menschen als Partner*innen, Innovator*innen und Mitgestaltende betrachten, nicht als Risiko, das es zu bewältigen gilt. Wahre Demokratie erfordert Erneuerung. Sie muss generationsübergreifend, feministisch und furchtlos genug sein, um Macht weiterzugeben.

Für Afrika und andere Weltgegenden bedeutet das: Wer die Demokratie unterstützen will, muss in progressive junge feministische Führungskräfte investieren, die bereits Alternativen aufbauen, statt in jene, die nur darauf warten, kaputte Systeme zu übernehmen.

4. DEMOKRATISCHE INITIATIVEN WELTWEIT UNTERSTÜTZEN

Wir müssen gegen extreme Ungleichheit vorgehen. Laut dem aktuellen Oxfam-Bericht hat sich das Vermögen der fünf reichsten Männer in den letzten fünf Jahren verdoppelt, während das der 5 Milliarden ärmsten Menschen geschrumpft ist. Das Problem mit extremem Reichtum ist nicht, dass er dazu verwendet wird, Yachten und Villen zu kaufen, sondern dass er zum Kauf von Wahlen, Justiz und öffentlicher Meinung eingesetzt wird. Allein der Milliardär

„Wir verteidigen demokratische Werte mit Defiziten, Schulden und Mangel.“

Elon Musk investierte mehr als 250 Millionen Dollar in die US-Wahlen 2024. Es spielt keine Rolle, ob in Afrika, Europa oder anderswo: Reiche Menschen gestalten Politik so, dass sie ihren Interessen dient. Extremer Reichtum kann die Demokratie manipulieren.

Im letzten US-Wahlkampf gaben extrem reiche Familien 2,6 Milliarden Dollar aus, um Trump zurück ins Weiße Haus zu bringen, und doch scheint es die Menschen zu überraschen, dass überall die extreme Rechte gewinnt. Wenn die extreme Rechte Milliarden mobilisieren kann, um die Demokratie zu untergraben, warum ist es dann so schwierig, in diejenigen zu investieren, die für ihre Verteidigung kämpfen?

Tatsächlich wollen viele die Demokratie weltweit verbreiten, sind aber nicht bereit, jene, die sie verteidigen, finanziell zu unterstützen. Von Afrika wird erwartet, dass es sich bei großen globalen Konflikten auf die Seite der westlichen Demokratien stellt – aber wo sind die nachhaltigen Investitionen zum Aufbau demokratischen Vertrauens, ziviler Infrastruktur oder feministischer politischer Bewegungen? Wie kann man Solidarität erwarten, wenn man sie selbst nicht gepflegt hat?

Anfang Juli organisierten wir den Nalafem-Gipfel in Freetown, Sierra Leone, als Gegenveranstaltung zur Konferenz „Strengthening Families“ (Stärkung von Familien), einer rechtsextremen Veranstaltung, die von der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage gesponsert wurde und auf der Redner*innen aus anderen konservativen Netzwerken aus den USA versuchten, ihre Ideologie nach Afrika zu transportieren. Wir brachten mehr als 100 progressive weibliche Führungskräfte zusammen. Aber kein einziger Geldgeber aus den sogenannten progressiven Institutionen, die behaupten, die Demokratie zu verteidigen, hat uns unterstützt. Tatsächlich schulden wir unseren Lieferanten immer noch Geld.

Wir verteidigen demokratische Werte mit Defiziten, Schulden und Sparmaßnahmen. Wenn sich das nicht ändert, werden wir das Vertrauen in globale progressive Verant-

wortliche verlieren, die zwar das Richtige sagen, aber nicht bereit sind, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

WIRKLICH GLOBAL DENKEN UND HANDELN

Um unsere globale progressive Bewegung zu stärken, lade ich unsere Verbündeten in Europa und den USA ein, global zu denken und global zu handeln. Wenn wir über „global“ sprechen, konzentrieren wir uns immer noch auf die Ängste Europas und Amerikas hinsichtlich der Kontrolle von Migrationsströmen, anstatt die Ursachen anzugehen: Kriege, Klimakollaps, Schuldenkrisen und Versagen der Regierungsführung in anderen Teilen der Welt.

Allzu oft kommt der Westen immer noch nach Afrika, um Demokratie zu lehren. Aber vielleicht ist es heute der Westen, der lernen muss, wie man Demokratie verteidigt, wenn Institutionen schwach sind, die Ungleichheit groß ist und die Hoffnung selbst bedroht. Afrika kämpft diesen Kampf jeden Tag – und wir stehen immer noch.

„Man muss jungen Menschen etwas geben, an das sie glauben können, damit sie nicht denen glauben, deren Versprechen Gewalt erfordern.“



AYA CHEBBI

ist eine panafrikanische Feministin, ehemalige Sonderbeauftragte der Afrikanischen Union für Jugendfragen und Gründerin von Nalafem, einem generationsübergreifenden Kollektiv, das die politische Führungsrolle von Frauen in ganz Afrika vorantreibt.

hello@ayachebbi.com

ayachebbi.com

WAHLEN

Ein vereinnahmter Staat

*Nach den gewalttätigen Unruhen im Anschluss an die Wahlen im Oktober in Tansania werden immer mehr Stimmen laut, die eine neue Verfassung fordern – und zwar eine, die den Einfluss der mächtigen Politik- und Wirtschaftselite einschränkt, die Macht gerechter auf die drei Staatsgewalten verteilt und Bürger*innen das Recht einräumt, verantwortungslose und inkompetente Politiker*innen auf allen Amtsebenen abzuberufen.*

VON LAWRENCE KILIMWIKO



Foto: picture alliance/Xinhua News Agency/Tanzania News Agency/Tanzania State House/Handout via Xinhua

Die tansanische Präsidentin Samia Suluhu Hassan inspiziert die Ehrengarde während ihrer Amtseinführung Anfang November.

Bei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der Mehrparteidemokratie in Tansania – einem System, das zuvor nur kurzzeitig vier Jahre lang nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1961 bestand – rutscht das Land nun zunehmend wieder in den Autoritarismus ab. Dies zeigt sich deutlich am Aufstieg einer mächtigen Klasse wohlhabender Personen, der „Business-Politiker*innen“, die Wahlprozesse manipulieren und hinter den Kulissen Kontrolle ausüben, um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen.

Ein wesentlicher Teil des Problems liegt in der Verfassung des Landes: Sie sorgt weder für eine klare Machtverteilung zwischen den drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Judikative, noch enthält sie Vorschriften, die es Bürger*innen erlauben würden, gewählte Amtsträger*innen zur Rechenschaft zu ziehen.

Fachleute betonen, dass eine Verfassung daran gemessen werden sollte, wie sie mit Macht umgeht – wo sie angesiedelt ist, wem sie gewährt wird und wie sie ausgeübt, begrenzt und auf die verschiedenen Organe des Staates verteilt wird. Als das grundlegende Gesetz, aus dem sowohl Gesetzgebungs- als auch Verwaltungsakte ihre Autorität ableiten, sollte eine ideale Verfassung die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft klar definieren.

Die Gewaltenteilung mit ihrem System der gegenseitigen Kontrolle soll die Macht zwischen jenen verteilen, die Gesetze erlassen (Legislative), jenen, die sie durchsetzen (Exekutive), und jenen, die sie auslegen (Judikative). Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass niemand über dem Gesetz steht. Doch obwohl die Verfassung Tansanias die Befugnisse der drei Gewalten formal gesehen voneinander trennt, überschreitet die Exekutive in der Praxis oft ihre Grenzen und greift in die Funktionen der anderen Gewalten ein.

Dies liegt unter anderem an den übermäßigen Machtbefugnissen, die die seit 1977 gültige Verfassung des Landes dem Präsidialamt einräumt. In der Verfassung hat der oder die Präsident*in eine außergewöhnlich dominante Stellung innerhalb der staatlichen Strukturen inne. Er oder sie ist gleichzeitig Staatsoberhaupt, Regierungschef*in und Oberbefehlshaber*in der Streitkräfte. Er oder sie ernennt auch Minister*innen, hohe Beamte*innen und Richter*innen sowohl für das Oberste Gericht als auch für das Berufungsgericht. Darüber hinaus gewährt die Verfassung dem Präsidenten die Befugnis, den Ausnahmezustand zu erklären. Er oder sie hat auch die Befugnis, Personen ohne Gerichtsverfahren gemäß dem „Gesetz zur Präventivhaft“ in Gewahrsam zu nehmen.

„Kann das Land zusammenhalten auf einem Kontinent, der immer wieder von Staatsstichen und Gegenputschen erschüttert wird?“

UNKLARE ROLLEN

Die Verfassung legt außerdem fest, dass Gerichte Entscheidungen der Wahlkommission in Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben nicht überprüfen dürfen. Weiter verschärft wird die Situation durch den wachsenden Einfluss wohlhabender politischer und wirtschaftlicher Eliten, die die Exekutive effektiv unter ihre Kontrolle gebracht haben. Vorschriften, Regelungen und sogar Gerichtsentscheidungen werden damit häufig ungestraft ignoriert.

Auch dass Richter*innen in Verwaltungsinstitutionen, einschließlich der Wahlkommission – bei Wahlen nach wie vor ein heikles Thema – sitzen, ist in Tansania nichts Neues. Ähnliches gilt für Kabinettsminister*innen: Auch hier ist es nicht ungewöhnlich, dass sie als Mitglieder der Exekutive ihre Parlamentssitze in verschiedenen Wahlkreisen behalten, obwohl so ihre Kontrollfunktion ausgehebelt wird.

Und auch in der Exekutive waren Richter*innen zeitweise vertreten. So wurde beispielsweise Julie Manning, Richterin am Obersten Gerichtshof, zur Justizministerin ernannt, und Damian Lubuva, Richter am Berufungsgericht, war ebenfalls Justizminister. Beide wurden später zu unterschiedlichen Zeitpunkten dazu berufen, Ämter innerhalb der Wahlbehörde zu bekleiden. Rollenüberschneidungen wie diese werfen ernsthafte Bedenken hinsichtlich der institutionellen Unabhängigkeit sowie der Integrität der Regierung und ihrer Verwaltung auf.

Aus diesem Grund haben Rechtsexpert*innen und Oppositionsführer*innen offen eine neue Verfassung gefordert – eine, die die Gewaltenteilung strenger einhält und ein System der gegenseitigen Kontrolle schafft, das auch tatsächlich wirkt. Boniface Mwabukusi, Präsident der Tanganjika Law Society (TLS), brachte es gegenüber einer lokalen Zeitung auf den Punkt: „Wir wollen eine Verfassung, die die Parlamentarier*innen ausschließlich auf ihre parlamentarischen Aufgaben beschränkt.“

„All das hat letztlich dazu geführt, dass nahezu jede*r einen Sitz im Parlament ergattern möchte.“

Bürger*innen sollen darin auch die Möglichkeit haben, sowohl Parlamentsmitglieder als auch Kommunalpolitiker*innen, die ihre Wähler*innen nicht wirksam vertreten, durch ein Misstrauensvotum abzuberufen. Die mangelnde Bürgernähe der Parlamentarier*innen ist ein wesentlicher Faktor für die Wahlverdrossenheit in Tansania. Medienberichten zufolge gibt es eine beträchtliche Anzahl von Parlamentsabgeordneten, die selten Fragen stellen oder sich an Debatten beteiligen.

„BUSINESS-POLITIKER*INNEN“

Die wohlhabenden Politik- und Wirtschaftseliten sind ebenfalls ein großes Problem. Sie haben Wirtschaft und Politik effektiv miteinander verschmolzen, indem sie die Regierungspartei infiltriert und ihre bevorzugten Kandidat*innen für Ämter in der Präsidentschaft, im Parlament und in lokalen Regierungen finanziert haben. Dieser finanzielle Einfluss sorgt dafür, dass die Regierung bei Korruption wegschaut und bereitwillig die Regeln biegt, um die Interessen der Mächtigen zu schützen.

Ein Beispiel dafür ist die gewaltsame Vertreibung Tausender Indigener Massai aus dem Ngorongoro-Schutzgebiet, um Platz für Tourismus und ausländische Investitionen zu schaffen. Die Massai haben dort seit Jahrhunderten gelebt. Hier zeigt sich, was passiert, wenn Exekutive, Legislative und Judikative nicht mehr unabhängig agieren und von Wirtschaftsinteressen dominiert werden. Es überrascht daher auch nicht, dass Kandidat*innen der Regierungspartei von der Wahlliste gestrichen wurden, die sich gegen die Vertreibung ausgesprochen haben. Dazu zählt auch Christopher Ole Sendeka, der mehr als zwei Jahrzehnte im Parlament saß und selbst Massai ist.

Die Kommerzialisierung der Politik durch die wohlhabende Wirtschaftselite hat den demokratischen Prozess in Tansania ausgehöhlt. Wahlen werden nicht mehr danach entschieden, welche Kandidat*innen sich verdient gemacht haben und auf die Anliegen, Hoffnungen und Erwartungen der Bürger*innen eingehen. Es zählt nur noch das Geld.

Dies führt zu einem Gerangel um Parlamentssitze, an dem sich x-beliebige Personen beteiligen – weniger aus dem Wunsch heraus, der Allgemeinheit zu dienen, als vielmehr aus dem Bestreben, durch Beziehungen Zugang zu staatlichen Ressourcen zu erhalten. Das erklärt auch, weshalb politische Korruption – die in Tansania weithin als Ursache für alle anderen Formen der Korruption angesehen wird – nach wie vor tief verwurzelt ist.

Leider werden auch die Oppositionsparteien zunehmend von Gier getrieben. Und diejenigen, die sich ernsthaft engagieren wollen, haben ohne finanzielle Unabhängigkeit oft nur sehr wenig Handlungsspielraum.

Das bedeutet, dass die Elite nahezu uneingeschränkt regiert, da die Schwäche der Verfassung – und die daraus resultierende Verwischung der Grenzen zwischen Exekutive, Parlament und Judikative – Rechenschaftspflicht und gute Regierungsführung untergraben hat. Die Frage ist nun, wohin sich Tansania entwickelt, da die staatlichen Strukturen immer schwächer werden und das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert ist. Kann das Land auf einem Kontinent, der von Staatsstreichen und Gegenputschen heimgesucht wird, standhalten?

Der Einfluss des Geldes in der Politik fordert einen hohen Preis für die Entwicklung Tansanias und trübt den Ruf des Landes, das einst als eines der friedlichsten und stabilsten Afrikas galt. Angesichts der Tatsache, dass die geldgetriebene Politik tief verwurzelt ist, läuft Tansania Gefahr, in einen politischen Aufruhr zu geraten, wie es ihn seit der Unabhängigkeit im Jahr 1961 noch nicht gegeben hat.



LAWRENCE KILIMWIKO
ist Journalist in Daressalam, Tansania.
lkilimwiko@yahoo.com

KONFLIKTE UM RESSOURCEN

Kann Indien Pakistan Wasser vorenthalten?

Dass Indien den Indus-Wasservertrag ausgesetzt hat, schadet seinem Nachbarland Pakistan kurzfristig wohl nicht allzu sehr. Aber es schafft einen gefährlichen globalen Präzedenzfall.

VON IMRAN MUKHTAR

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Channi Anand



Menschen überqueren den Fluss Chenab in Akhnoor am Stadtrand von Jammu, Indien, nachdem im Mai der Wasserfluss durch einen Damm gestoppt wurde.

Am 23. April 2025 wurden bei einem Terroranschlag im indisch verwalteten Kaschmir 26 Menschen getötet und einige weitere verletzt. Nach diesem Vorfall verkündete Neu-Delhi seinen einseitigen Beschluss, das jahrzehntelange Wasserabkommen mit Pakistan auszusetzen, bis das Land „glaublich und unwiderruflich aufhört, grenzüberschreitenden Terrorismus zu unterstützen“. Pakistan bestritt vehement, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein, der die beiden Nationen an den Rand eines Krieges brachte.

Nach diesem Beschluss kündigten offizielle indische Stellen Pläne an, neue Wasserreservoirs an den drei westlichen Flüssen des Indus-Systems zu bauen. Dem Indus-Wasser-vertrag nach sind diese vor allem für eine Nutzung durch Pakistan vorgesehen. Fast 80 % der bewässerten Landwirtschaft Pakistans sind auf Wasser aus diesen Flüssen angewiesen. Indien hat zudem aufgehört, hydrologische Daten an Pakistan weiterzugeben, die wichtig sind für die Hochwasservorhersage, die Bewässerungsplanung, die Wasserkraft und die Verwaltung von Trinkwasser.

Pakistan erklärte daraufhin, es werde jeden Versuch, den Fluss seines Wasseranteils zu stoppen oder umzuleiten, als „kriegerische Handlung“ betrachten. Es wies darauf hin, dass das Abkommen „keine Bestimmung über eine einseitige Aussetzung enthält“. Bei einem Treffen am 24. April betonten Premierminister Shehbaz Sharif und sein Nationaler Sicherheitsausschuss, dass Wasser „eine Lebensader“ für die 240 Millionen Menschen in Pakistan sei und dass „seine Verfügbarkeit um jeden Preis gewährleistet wird“.

PAKISTANS GEOGRAFISCHE VERWUNDBARKEIT

Der Indus ist ein wichtiger grenzüberschreitender Fluss. Er entspringt in Tibet und fließt durch die umkämpfte Kaschmir-Region, ehe er nach Pakistan gelangt und schließlich in das Arabische Meer mündet. Einige wichtige Nebenflüsse des Indus fließen aus Indien nach Pakistan.

Etwa 95 % der gesamten erneuerbaren Wasserressourcen Pakistans stammen aus dem Indus-Becken oder dem Indus-System. „Diese hohe Abhängigkeit von einem einzigen Flusssystem bedeutet, dass die Wassersituation Pakistans relativ risikoreich ist“, heißt es auf Interactive Country Fiches, einer Online-Plattform, die Umweltprofile von Ländern bereitstellt. Wasser wird in Pakistan immer knapper; der Klimawandel wirkt sich auf die Gletscherschmelze und den Monsunregen aus, die das Flusssystem speisen. Bevölkerungswachstum und zunehmende Wirtschaftstätigkeit belasten die Ressourcen des Landes zusätzlich.

Laut Pakistans erstem Zweijahres-Fortschrittsbericht an die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) wurden 2022 insgesamt 93 % der Wasserressourcen des Landes für die Landwirtschaft genutzt. Die Landwirtschaft bildet das Rückgrat der pakistanischen Wirtschaft, trägt laut der jüngsten nationalen volkswirtschaftlichen Erhebung rund 24 % zum Bruttoinlandsprodukt bei und beschäftigt mehr als 37 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Jegliche Unterbrechung des Wasserflusses würde diesen Sektor gefährden und die Ernährungsunsicherheit für das Land mit der fünftgrößten Bevölkerung der Welt erhöhen.

„Indien selbst ist von Flüssen abhängig, die in China entspringen, und weltweit gibt es Hunderte von grenzüberschreitenden Flüssen, deren Nutzung durch ähnliche Abkommen geregelt ist.“



„Praktisch gesehen dürfte Indiens Entscheidung Pakistan – zumindest kurzfristig – nicht allzu sehr schaden.“

DER INDUS-WASSERVERTRAG

Als 1947 der indische Subkontinent nach der Unabhängigkeit von Großbritannien geteilt wurde, wurde auch das Indusbecken aufgeteilt. Der obere Flusslauf, also das flussaufwärts gelegene Flusssystem, gehörte nun zu Indien, der untere Flusslauf zu Pakistan. Nach mehr als einem Jahrzehnt der Uneinigkeit unterzeichneten die beiden Länder 1960 den von der Weltbank vermittelten Indus-Wasservertrag (Indus Waters Treaty – IWT). Gemäß diesem Vertrag hat Indien das Recht, die drei östlichen Flüsse des Indus-Systems – Ravi, Beas und Sutlej – zu nutzen, während Pakistan die Rechte an den drei westlichen Flüssen – Indus, Jhelum und Chenab – hat.

Als oberer Anrainerstaat darf Indien das Wasser der westlichen Flüsse auch für Wasserkraftprojekte und in begrenztem Umfang für Bewässerungszwecke nutzen, deren Lauf jedoch nicht in einer Weise umleiten, die Pakistan schadet. Indien ist zudem verpflichtet, hydrologische Daten mit seinem Nachbarland zu teilen.

Zudem enthält der IWT keine Bestimmung über eine einseitige Aussetzung durch eine der beiden Seiten. Der Vertrag kann nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

Seit Inkrafttreten des IWT gibt es Streitigkeiten. So warf Pakistan Indien vor, Wasserkraft- und Wasserinfrastrukturprojekte zu bauen, die gegen die Bestimmungen des Vertrags verstößen. Trotz aller Widrigkeiten hat der IWT alle bisherigen Konflikte zwischen den beiden atomar bewaffneten Rivalen überstanden. Bis heute.

FOLGEN DER AUSSETZUNG DES IWT

Praktisch gesehen dürfte Indiens Entscheidung Pakistan – zumindest kurzfristig – nicht allzu sehr schaden. Laut Fachleuten für Wasserwirtschaft hat Indien tatsächlich nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Wasser, das nach Pakistan fließt, zu stoppen oder umzuleiten.

Zwar schränkte Indien im Mai den Wasserfluss aus seinen Baglihar- und Salal-Staudämmen am Chenab ein – einem

der Flüsse, an denen Pakistan Rechte hat; die Bewohner*innen flussabwärts konnten zum ersten Mal seit Langem auf dem Flussbett spazieren gehen. Das führte zu einer Beeinträchtigung des Anbaus wichtiger Nutzpflanzen wie Reis, Zuckerrohr, Mais und Baumwolle in Pakistans Punjab. Gemäß dem IWT hätte Indien Pakistan informieren müssen, ehe es den Wasserfluss so drastisch veränderte.

Allerdings kann keiner dieser Staudämme große Wassermengen langfristig speichern. Mohsin Leghari, ehemaliger Minister für Bewässerung der bevölkerungsreichen pakistanischen Provinz Punjab, sagte, Indien nutze weniger Wasserspeicherkapazitäten an den westlichen Flüssen, als vertraglich möglich wäre. „Indien hat in den 65 Jahren seit Unterzeichnung des Abkommens bisher nicht einmal die Schwelle seiner zulässigen Wasserspeicherkapazität erreicht“, sagte er. Geografische Zwänge und unerschwingliche Kosten hinderten Indien daran, weitere Dämme und Kanäle zu bauen. „Es ist auch ein zeitaufwändiger Prozess“, betonte er.

Hassan Abbas, Experte für Hydrologie und Wasserressourcen, stimmt zu, dass Indien bereits so viel Infrastruktur gebaut und so viel Wasser umgeleitet hat, wie es seine Kapazitäten und die Gegebenheiten vor Ort zulassen. Seiner Meinung nach war das IWT für Pakistan allerdings nie ideal. Er sieht die Aussetzung des Abkommens durch Indien als Chance, beispielsweise das Problem der Verschmutzung flussaufwärts anzugehen. Davor biete der Vertrag keinen ausreichenden Schutz.

Leghari hält den Vertrag jedoch für erhaltenswert. Er bezeichnet ihn als „rechtlichen und diplomatischen Eckpfeiler, nicht nur für Südasien, sondern für die globale Wasserpolitik“. Er weist darauf hin, dass die Aussetzung durch Indien einen gefährlichen Präzedenzfall schaffe: Schließlich ist Indien selbst von Flüssen abhängig, die in China entspringen, und weltweit gibt es Hunderte von grenzüberschreitenden Flüssen, deren Nutzung durch ähnliche Abkommen geregelt ist. Diese Abkommen zu beenden, würde die sichere Wasserversorgung von Ländern wie Pakistan gefährden, die bereits jetzt mit Wasserknappheit zu kämpfen haben.

LINK

Interactive Country Fiches, Pakistan: dicf.unepgrid.ch/pakistan



IMRAN MUKHTAR

ist ein Journalist aus Islamabad, Pakistan.

imranmukhtar@live.com

BERGBAU

Begehrtes Gold, vergiftetes Wasser

In Simbabwe führen steigende Goldpreise zu einem Boom im unregulierten Bergbau, der hohe Kosten für Gesundheit und Umwelt mit sich bringt. Das Quecksilber, das dabei zum Einsatz kommt, verschmutzt die Wasserquellen des Landes, doch Korruption und politische Interessen schützen weiterhin einen gefährlichen Schwarzmarkt.

VON TSITSI BHODO

Simbabwe ist reich an Gold. Nach Angaben des Finanzministeriums erzielte das Land im Jahr 2024 Einnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar aus Goldexporten – ein Anstieg von 37% gegenüber dem Vorjahr.

Ein Großteil dieses Handels basiert auf informellen Netzwerken. Syndikate, die mit Chemikalien wie Quecksilber – das verwendet wird, um Gold aus Erz zu gewinnen – aus China und anderen Ländern handeln, beliefern Tausende von nicht registrierten Bergleuten, die im kleinen Maßstab und oft von Hand arbeiten. Sie sind allgemein als „Makorokoza“ bekannt, ein Begriff, der aus der Shona-Sprache Simbabwes stammt.

Die meisten „Makorokoza“ verwenden einfache Werkzeuge wie Spitzhacken, Schaufeln und Pfannen, um Gold zu gewinnen. Sie sind für etwa 65% der jährlichen Goldproduktion Simbabwes verantwortlich, die sich von Januar bis August dieses Jahres auf etwa 28 Tonnen belief. Ein

erheblicher Teil dieser Produktion wird jedoch nicht offiziell gemeldet.

Ein Großteil des Goldes wird über Südafrika gewaschen und landet schließlich in den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo es als „sauberes Gold“ zertifiziert wird. Im Jahr 2024 verhängte das US-Finanzministerium Sanktionen gegen ein globales Goldschmugglernetzwerk, das in mehreren Ländern, darunter Simbabwe, operiert.

„Wir fürchten uns vor dem Wasser, seitdem es braun geworden ist.“



Kleingewerbliche Bergleute an einem Flussbett am Stadtrand von Harare.

QUECKSILBER-SCHMUGGEL

Während die Goldpreise an der London Metal Exchange und der New York Mercantile Exchange weiterhin auf einem historischen Höchststand sind, kontaminiert das im illegalen Bergbau verwendete Quecksilber zuvor saubere Wasserquellen in Simbabwe. „Die Makorokoza gehen rücksichtslos mit Quecksilber um; nur der Profit zählt“, sagt Farai Maguwu, Direktor des Zimbabwean Centre for Natural Resource Governance.

Laut dem Umweltprogramm der UN (UNEP) verwenden 96 % der kleineren Goldminen in Simbabwe nach wie vor Quecksilber zur Goldgewinnung. Schätzungsweise 24 Tonnen dieser Chemikalie werden jedes Jahr verwendet. Die Behörde warnte 2025, dass sowohl die Bergleute als auch umliegende Gemeinden und Ökosysteme einer chronischen Belastung durch giftige Schadstoffe ausgesetzt sind.

„Der Großteil des Quecksilbers wird aus China, Dubai und Südafrika nach Simbabwe geschmuggelt“, sagt Hardy Madoza, ein Kleinschürfer in Penhalonga. „Und diese Händler*innen sind unantastbar“, fügt er hinzu.

GIFTIGES WASSER

Penhalonga, ein goldreiches Gebiet am Rande von Mutare – Simbabwes viertgrößter Stadt –, verdeutlicht das Ausmaß des Problems. Einst bekannt für seine mit Kiefern bewachsenen Hügel, ist die Landschaft heute von unzähligen braunen Gruben übersät, in denen Tausende von Bergleuten nach Flussgold graben. Flussabwärts, in Siedlungen in der Nähe von Mutare, haben die Aktivitäten in den Penhalonga-Hügeln zunehmend gravierende Konsequenzen.

„Wir haben schlaflose Nächte wegen desselben Wassers, das wir jahrzehntelang ohne Bedenken getrunken haben“, sagt Shatai Moyo aus Penhalonga. „Wir fürchten uns vor dem Wasser, seitdem es braun geworden ist.“

Im Juni 2022 ergaben toxikologische Proben aus dem Lake Alexander, einer wichtigen Wasserquelle unterhalb der Penhalonga-Hügel, eine Quecksilberbelastung von 0,898 Milligramm pro Liter. Das liegt nach Angaben der Standards Association of Zimbabwe, die die Tests durchgeführt hat, deutlich über dem nationalen Sicherheitsgrenzwert von 0,02 Milligramm pro Liter. Da der Lake Alexander etwa ein Viertel des Trinkwassers von Mutare

liefert, warnt Simbabwes Umweltbehörde, dass die Verunreinigung ein ernstes Gesundheitsrisiko für die lokale Bevölkerung darstellt.

Mutare ist laut Maguwa von Bedeutung, weil es eine der wenigen Städte in Simbabwe ist, die noch über relativ unverschmutztes Wasser und ein einigermaßen zuverlässiges Wasserversorgungssystem verfügt. Er verweist auf die Verschlechterung der Wasserqualität in den größten Städten Simbabwes. In der Hauptstadt Harare beispielsweise haben viele Angst, Leitungswasser zu trinken, das häufig verunreinigt ist und bei Menschen, die es aus Verzweiflung konsumieren, zu Erkrankungen geführt hat.

SELBST MUTTERMILCH IST KONTAMINIERT

Die Bedrohung, der die Gemeinden rund um die goldreichen Hügel von Penhalonga ausgesetzt sind, gleicht den Umweltkatastrophen, die sich bereits in anderen Goldabbaugebieten Simbabwes, wie Shurugwi und Kadoma im Zentrum des Landes, ereignen, sagt Tapuwa Nhachi, Umweltexperte beim Institute for Law, Development and Democracy (ILDD). „Wenn es nicht Quecksilber ist, das ins Süßwasser gelangt, dann ist es giftiges Cyanid, oder die Bergleute verschmutzen das einst saubere Wasser mit Steinen und Erde“, erklärt er.

„Der Großteil des Quecksilbers wird aus China, Dubai und Südafrika nach Simbabwe geschmuggelt.“

Auf dem Papier ist die Einfuhr von Quecksilber nach Simbabwe streng reguliert. Importeure müssen eine Lizenz erwerben und die Einhaltung des Minamata-Übereinkommens über Quecksilber nachweisen, das Simbabwe 2020 ratifiziert hat. Das Übereinkommen legt strenge Regeln für die Verwendung und den Handel mit Quecksilber fest. In der Praxis hat sich jedoch ein florierender Schwarzmarkt entwickelt. Korrupte Zollbehörden ermöglichen es, die Chemikalie über die Grenzen zu schmuggeln.

„Quecksilber wird in Simbabwes Goldgräbergemeinden für etwa zwei Dollar verkauft. Es wird in großem Umfang gehandelt, und die Händler*innen genießen oft politischen Schutz, da einflussreiche Politiker*innen das Gold kontrollieren“, sagt Nhachi.

Obwohl die Polizei regelmäßig Bergbaustätten und Flüsse durchsucht und alle Personen festnimmt, die ohne Lizenz mit Quecksilber angetroffen werden, führt politischer Druck oft dazu, dass diese ohne Anklage schnell wieder freigelassen werden. „Der Quecksilberhandel geht weiter“, fügt Nhachi hinzu. Und die Gefahr geht über kontaminiertes Trinkwasser hinaus. „Ein ganzes Ökosystem ist gefährdet – von den Fischen bis hin zu menschlicher Muttermilch“, warnt er. Im Jahr 2017 wurden bei Tests in den Goldabbaugebieten Kadoma und Chakari Spuren von Quecksilber in der Muttermilch von Frauen gefunden. „Wir werden einen hohen Preis zahlen, wenn wir weiterhin Gold über die menschliche Gesundheit stellen“, sagt Nhachi.



TSITSI BHOBO

ist Journalistin und berichtet über die Energiewende, Ökologie, Lebensbedingungen und den Klimawandel in Simbabwe.

tsitsibhobo@gmail.com

MENSCHEN UND WILDTIERE

Koexistenz statt Konflikt

Entlang der Grenze zwischen Malawi und Sambia zerstören Elefanten und andere Wildtiere immer wieder Ernten und bedrohen Menschenleben. Nun will ein von Deutschland finanziertes Projekt zeigen, wie sich mit Naturschutzmaßnahmen auch Menschen schützen lassen.

VON LAMECK MASINA

Ein Nachts vor zwei Jahren wachte Pasipawo Mandala im Dorf Chauma im Bezirk Kasungu in Malawi plötzlich durch das Geräusch auf, wie Elefanten durch ihre Mais- und Erdnussfelder trampelten. „Ich hatte nichts mehr“, erinnert sich die 47-jährige Witwe und Mutter von sechs Kindern an die Zeit danach. „Wochenlang hatten wir nichts Richtiges zu essen und mussten uns von Wildgemüse und Maiskleie von den Nachbarn ernähren.“ In jener Nacht brachen die Elefanten sogar in ihr Haus ein, wo sie und drei ihrer Kinder schliefen. „Wir sind um unser Leben gerannt und haben die Elefanten meine Ernte fressen lassen. Es war beängstigend.“

Konflikte wie diese gehören in Malawi und Sambia mittlerweile zum Alltag. Menschen und Wildtiere kommen sich immer näher, weil Ortschaften sich ausdehnen, die Lebensräume für Tiere schrumpfen und Zäune in Schutzgebieten häufig beschädigt sind – manchmal mit tödlichen Folgen.

Zwischen 2019 und 2022 verzeichnete das Vwaza Marsh Wildlife Reserve in Malawi durchschnittlich 888 Vorfälle pro Jahr; die Musalangu Game Management Area in Sambia meldete jährlich etwa 489 Vorfälle – darunter Elefanten, die Ernten platttrampeln, Büffel, die Menschen verletzen, oder teils auch Flusspferde, die Fischerboote umwerfen.

„Wenn wir eine Entschädigung fordern, hilft uns niemand“, sagt Frank Phiri von Kasungu Warm Heart, einer lokalen Organisation, die Opfer von Tierangriffen unterstützt. „Für die Behörden ist das Leben von Tieren offenbar wichtiger als das der Menschen“, sagt er und fügt hinzu, dass die aktuellen Gesetze in Malawi keine formelle Entschädigungsregelung für solche Opfer vorsehen. Eine Gruppe hat deshalb Klage gegen den Internationalen Tierschutzfonds (IFAW) erhoben. Im Jahr 2022 hatte die Institution Elefanten in den Kasungu-Nationalpark umgesiedelt, die Menschen in der Nähe angriffen und töteten.

WIE MENSCHEN UND TIERE KOEXISTIEREN KÖNNEN

Eine neue Initiative gibt nun Anlass zur Hoffnung. Das im Juni 2025 gestartete Projekt „Human-Wildlife Co-habitation“ richtet sich an betroffene Gebiete entlang der Grenze zwischen Malawi und Sambia rund um Vwaza Marsh in Malawi und Musalangu in Sambia. Finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über die KfW-Entwicklungsbank und umgesetzt von der International Union for Conservation of Nature (IUCN) mit Total LandCare (TLC) zielt das dreijährige Projekt darauf ab, nicht nur Konflikte zwischen Menschen und Wildtieren zu verringern, sondern auch die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Haushaltseinkommen zu steigern. So werden beispielsweise Abschreckungsmaßnahmen wie solarbetriebene Zäune, auf Chili basierende Abwehrmittel und gemeinschaftliche Ernteschutzsysteme sowie klimaresistente Nutzpflanzen eingeführt, die für Wildtiere weniger attraktiv sind.

Brighton Kumchedwa, Direktor der malawischen Behörde für Nationalparks und Wildtiere, bezeichnet beschädigte Zäune als eine der Hauptursachen für Konflikte zwischen

Tier und Mensch. „Wir denken nicht nur an Wildtiere. Wir denken auch an Menschen – ihr Essen, ihre Sicherheit, ihr Einkommen. So sollte Naturschutz funktionieren“, sagt er.

Für Pasipawo Manda bringt das Projekt Hoffnung. Sie träumt davon, dass ihre Pflanzen bald ungestört wachsen können – und dass sie nachts nicht mehr aufwacht und Elefanten vertreiben muss. „Ich möchte einfach nur in Ruhe meine Felder bestellen“, sagt sie. „Wenn das Projekt uns das ermöglicht, wird es unser Leben verändern.“

Sollte das Projekt Erfolg haben, könnte es zum Vorbild dafür werden, wie sich menschliche Bedürfnisse und Naturschutz im ganzen südlichen Afrika vereinen lassen – und zeigen, dass Koexistenz statt Konflikt der Schlüssel zum Schutz von Menschen und Natur ist.



LAMECK MASINA

Masina ist freiberuflicher Journalist aus Blantyre, Malawi.

lameckm71@gmail.com





© Roman

E+Z in der App lesen!

Mit unserer übersichtlichen App
haben Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: dandc.eu/de/app



Das Ziel: eine bessere Welt



Illustration von
Naila Conita
(siehe S. 4).

UN-NACHHALTIGKEITSZIELE

Nicht auf Kurs, aber nicht ganz verloren

Lange haben wir bei den UN-Nachhaltigkeitszielen vor allem auf Zahlen geblickt: Wo gibt es Fortschritt? Wo fallen wir zurück? Spätestens seit diesem Jahr sind die Ziele selbst zur Zielscheibe geworden. Ein Grund mehr, an ihrer Idee festzuhalten.

von EVA-MARIA VERFÜRTH

Vor jeder neuen Monatsausgabe diskutieren wir in der Redaktion, welcher Titel unseren Schwerpunkt am besten trifft. Manchmal geht das schnell, manchmal beraten wir lange – und gelegentlich bleibt ein Ohrwurm zurück („Wann ist ein Mann ein Mann?“). Für dieses Heft zum zehnjährigen Bestehen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) hatten wir auf Anhieb zwei Titelideen. Beide treffend, jedoch mit gegensätzlichen Aussagen: „Das Ziel: eine bessere Welt“ und „Die Welt ist nicht auf Kurs“.

Vor zehn Jahren einigten sich die 193 UN-Mitgliedstaaten darauf, gemeinsam eine Welt zu gestalten, in der alle Menschen gut leben können. Seitdem werden Daten gesammelt und Fortschritte getrackt, und einige Länder sind enorm vorangekommen. Man kann darüber streiten, wie realistisch das Gesamtprojekt von vornherein war – etwa weil ein klarer Fahrplan und ausreichende Finanzierung bis heute fehlen. Dennoch war es ein großer, visionärer Schritt: Politik, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Unternehmen weltweit machten sich auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

DER GEGENWIND IST STARK

Heute wissen wir: Die Ziele werden bis 2030 nicht erreicht. Fast die Hälfte der Indikatoren zeigte 2024 nur minimale oder moderate Verbesserungen; bei einem Drittel stagnierte oder verschlechterte sich die Lage. Die Corona-Pandemie hat viele Errungenschaften zurückgeworfen, und gekürzte Gelder für Entwicklungszusammenarbeit bremsen zusätzlich. Die Kindersterblichkeit unter Fünfjährigen könnte 2025 wieder steigen – bisher war ihr stetiger Rückgang eine Erfolgsgeschichte. Gleichzeitig bedeutet auch Fortschritt nicht automatisch, dass bald alles gut ist: Bei manchen Umwelt- und Klimazielen mag die Zerstörung in einigen Ländern gebremst worden sein, sie geht aber weiter.

Als wäre das nicht schon Ernüchterung genug, verbünden sich weltweit Kräfte, um die UN-Ziele anzugreifen. Rechts-nationale Regierungen und fossilwirtschaftliche Gruppen torpedieren internationale Vereinbarungen. Die USA ließen das bereits ausgehandelte Dekarbonisierungsabkommen für die Schifffahrt scheitern; auf der letzten Weltklimakonferenz blockierten öl- und gasproduzierende Staaten einen verbindlichen Ausstiegsfahrplan aus fossilen Energien. Die Gegner einer lebenswerten Zukunft sind laut und gut vernetzt; ihre Ansichten fluten die Medienwelt und machen es schwieriger, uns eine positive Zukunft auch nur vorzustellen.

DIE ZUKUNFT NICHT AUS DEM BLICK VERLIEREN

Die Weltlage gibt wenig Anlass zu Optimismus. Dennoch haben wir uns für den Titel „Das Ziel: eine bessere Welt“ entschieden, auch wenn es pathetisch klingen mag. Denn gerade angesichts der Widrigkeiten darf die Weltgemeinschaft dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Bisher hält sie auch in großen Teilen weiter daran fest. Weltweit formieren sich Koalitionen der Willigen, die handeln, wo globale Einigung fehlt.

Die Mehrheit der Menschen hat sie dabei hinter sich: Laut Umfragen wünschen sich bis zu 89 % der Weltbevölkerung stärkere Klimaschutzmaßnahmen – und vermutlich auch Fortschritte bei den meisten anderen SDG-Zielen. Wenn wir diese Mehrheiten ignorieren, überlassen wir das Feld endgültig jenen Kräften, die uns glauben machen wollen, es sei ohnehin zu spät.



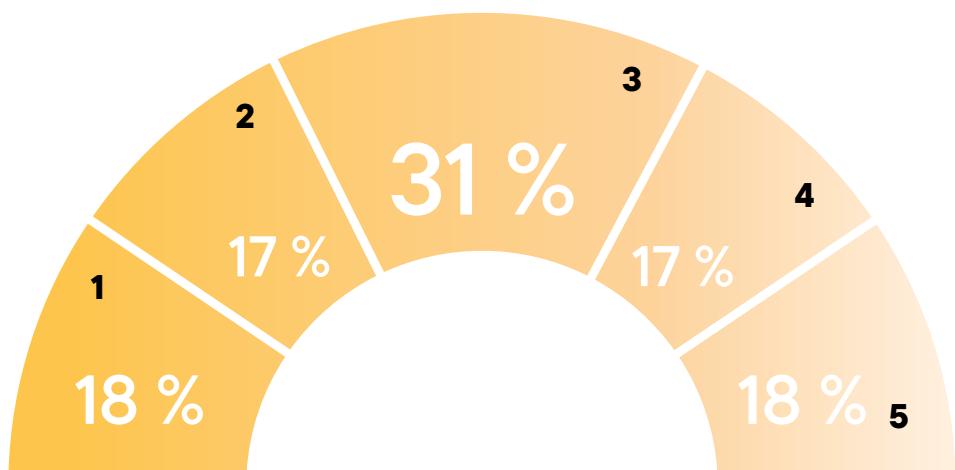
EVA-MARIA VERFÜRTH
ist Chefredakteurin von E+Z.
euze.editor@dandc.eu

AGENDA 2030 IN ZAHLEN

Fortschritte und Rückschläge bei globalen Entwicklungszielen

Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind die umfassendsten Gradmesser dafür, wie sich die Welt entwickelt. Vor zehn Jahren traten sie in Kraft, mit einer Laufzeit bis 2030. Der aktuelle Stand in Zahlen und Fakten.

VON ISAH SHAFIQ



1 erreicht oder auf einem guten Weg

2 moderater Fortschritt

3 marginaler Fortschritt

4 Stagnation

5 Rückschritt

Die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung haben 169 Unterziele. Für den aktuellen SDG-Report 2025 konnten 139 Unterziele bewertet werden.

18 % der bewerteten Unterziele sind erreicht oder auf einem guten Weg, **48 %** zeigen moderaten oder marginalen Fortschritt, **17 %** stagnieren, und **18 %** zeigen Rückschritte. (Summe aufgrund von Rundung größer als 100 %.)

Zu den Zielen, bei denen relativ viele Unterziele auf einem guten Weg sind, zählen etwa SDG7 „Bezahlbare und saubere Energie“ und SDG11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“. Deutliche Rückschritte verzeichnen dagegen SDG2 „Kein Hunger“, SDG14 „Leben unter Wasser“ und SDG8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Hier berichten wir die Entwicklungen für einige ausgewählte Indikatoren.

SDG1

„Keine Armut“: **Einer von zehn Menschen** lebt in extremer Armut, gemessen an der internationalen Armutsgrenze von 3,00 Dollar pro Tag. Anfang der 1990er-Jahre waren es noch vier von zehn. Das Ziel, extreme Armut bis 2030 zu beseitigen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht.

SDG2

„Kein Hunger“: **8,2 %** der Weltbevölkerung litten 2024 an Unterernährung, immerhin ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (8,5 %). Während der Covid-19-Pandemie stieg der Anteil von 7,5 % auf 8,8 %.

SDG3

„Gesundheit und Wohlergehen“: Von **228 auf 197** Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten sank die Müttersterblichkeit zwischen 2015 und 2023. Das Ziel von höchstens 70 Todesfällen pro 100.000 Geburten bis 2030 bleibt damit in weiter Ferne.

SDG4

„Hochwertige Bildung“: 2024 betrug die Alphabetisierungsrate unter Jugendlichen weltweit **93 %** – eine Steigerung um zwei Prozentpunkte im Vergleich zu 2014. Sie ist vor allem auf Erfolge in Subsahara-Afrika, Zentralasien und Südasien zurückzuführen.

SDG5

„Geschlechtergleichheit“: **27,2 %** der Sitze in nationalen Parlamenten waren Anfang 2025 von Frauen besetzt – ein Anstieg um 4,9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015. Der Fortschritt hat sich zuletzt abgeschwächt.

SDG12

„Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion“: **23,3 %** betrug der Anstieg des weltweiten Materialverbrauchs zwischen 2015 und 2022.

SDG15

„Leben an Land“: **10 Millionen Hektar Wald** wurden von 2015 bis 2020 im Durchschnitt pro Jahr gerodet – zwei Millionen weniger als im Zeitraum von 2010 bis 2015. Geht es so weiter, würde es weitere 25 Jahre dauern, bis das Ziel, die Entwaldung zu stoppen, erreicht wäre.

SDG16

„Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“: **Alle zwölf Minuten** starb 2024 im Schnitt ein Mensch infolge bewaffneter Konflikte. Im Vergleich zum vorherigen Zweijahreszeitraum stieg 2023/24 die Zahl der in bewaffneten Konflikten getöteten Kinder um **337 %**, die der Frauen um **258 %** – maßgeblich wegen des Gaza-Kriegs.

LINK

The Sustainable Development Goals Report 2025:
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2025/>



ISAH SHAFIQ

studierte Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu

RECHTSPOPULISMUS

„Die Nachhaltigkeitsziele gehören zum Feindbild“

Rechte Stimmungsmache und antidemokratische Politik greifen um sich, internationale Zusammenarbeit ist so schwierig wie lange nicht. Scheitern die Nachhaltigkeitsziele am Zeitgeist? Imme Scholz, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, hat leitend an der Erarbeitung des letzten Global Sustainable Development Report mitgewirkt. Im Interview spricht sie über den politischen Widerstand und darüber, wie es nun weitergeht.

IMME SCHOLZ IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Vor etwas mehr als zehn Jahren einigten sich 193 UN-Staaten auf eine Vision für eine gerechtere Zukunft für alle Länder, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand – die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Das war damals revolutionär. Nun haben ausgerechnet die USA unter Präsident Donald Trump deutlich gemacht, dass ihnen das gemeinsame Ziel mittlerweile herzlich egal ist. Erodiert das gerade etwas?

Für die Kräfte hinter Donald Trump und Rechtsextreme anderswo gehören die SDGs und die Agenda 2030 eindeutig zum Feindbild. Das kann man auch in Europa beobachten, etwa, als 2024 auf Einladung der spanischen Vox-Partei rechtsextreme Kräfte aus Lateinamerika und

Europa zusammenkamen. Diese Gruppen ignorieren das Thema nicht nur, sie stellen sich aktiv dagegen: gegen Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte, gegen Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität. Sie gehen politisch gegen den Spirit der SDGs vor und spielen die Fortschritte herunter.

Können Sie sich erklären, woher diese Ablehnung röhrt?

Diese rechtsextremen Kräfte haben eine ganz andere Weltvorstellung. Sie arbeiten auf eine Zukunft hin, in der jeder für sich kämpft. Ideale wie internationale Solidarität und demokratische Werte stehen diesen Grundannahmen entgegen. Das gilt auch für die Idee, dass die Menschheit ein

gemeinsames Interesse hat und Menschheitsaufgaben bewältigen muss, wie den Klimawandel einzuhegen oder globale Gerechtigkeit voranzubringen. Wenn jeder sich selbst der Nächste ist, ist internationale Kooperation kein Thema oder orientiert sich an ganz anderen Zielen.

„Für die Kräfte hinter Donald Trump und Rechtsextreme anderswo gehören die SDGs und die Agenda 2030 eindeutig zum Feindbild.“

Sie hatten Widerstand gegen die Umsetzung der SDGs antizipiert: Im Global Sustainable Development Report (GSDR) 2023, für den Sie als Co-Vorsitzende die von den UN einberufene Gruppe unabhängiger Wissenschaftler*innen geleitet haben, wird das Thema angesprochen. Entsprechen die Entwicklungen also Ihren Erwartungen?

Uns war damals schon klar: Widerstand gehört zur Veränderung dazu. Wenn wir die SDGs erreichen wollen, werden wir Strukturen und Technologien, die nicht nachhaltig sind, durch nachhaltige ersetzen müssen – und das löst Widerstand bei denjenigen aus, die bis dahin von diesen Strukturen oder Geschäftsmodellen profitiert haben. Wir sind aber davon ausgegangen, dass man diese Kräfte einbinden kann. Der politische Widerstand, den wir aktuell erleben, ist etwas ganz anderes. Das sind nicht nur Vorbehalte gegenüber einer Veränderung, von der man weiß, dass sie kommen muss. Nein, die Veränderung soll komplett ausgehebelt werden. Der Klimawandel wird geleugnet und alles dafür getan, die fossile Ökonomie auszubauen. Der Westen war nie widerspruchsfrei und hat sich nicht immer an seine

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/André Penner



Argentiniens Präsident Javier Milei und US-Präsident Donald Trump wollen die Welt durchbohren: Verkleidete Aktivist*innen während der COP30.

„Die multilaterale Ordnung wird ausgehebelt, missachtet und verdrängt durch Kriege, Konflikte und das Handeln insbesondere der USA und Russlands. Der sogenannte Westen als politische Kategorie existiert in dieser Form nicht mehr.“

eigenen Regeln gehalten. Aber die UN-Charta mit den universellen Menschenrechten – auch wenn sie nicht explizit in die SDGs aufgenommen wurde – war immer ein klarer Bezugspunkt. Der wird nun geschwächt.

Einige Länder, wie Brasilien unter der aktuellen Regierung, setzen sich weiter für gemeinsame Werte ein. Wie groß ist die Unterstützung für die SDGs heute noch?

Die harten Gegner der Agenda 2030 sind klar in der Minderheit. Beim letzten SDG-Gipfel 2023 haben die UN-Nationen ihren Willen bekräftigt, die SDGs voranzutreiben. Den grundsätzlichen Konsens gibt es also noch – und das ist unheimlich wichtig. Zugleich macht es aber den Eindruck, dass das Bündnis aktuell nicht besonders stark ist und die SDGs nicht oben auf der Agenda stehen. Die Aufbruchsstimmung von 2015 weicht einer großen Ernüchterung. Die multilaterale Ordnung wird ausgehebelt, missachtet und verdrängt durch Kriege, Konflikte und das Handeln insbesondere der USA und Russlands. Der sogenannte Westen als politische Kategorie existiert in dieser Form nicht mehr. Und auch bei China darf man sich keine Illusionen machen, auch wenn sich das Land nicht so proaktiv gegen die SDGs stellt.

Der Westen zieht sich zeitgleich finanziell aus der Entwicklungszusammenarbeit zurück, in Europa stehen andere Themen im Vordergrund. Welche Argumente gibt es heute noch für Entwicklungspolitik?

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist Europa stärker gefordert und muss mehr Mittel zur Verteidigung aufbringen. In Deutschland besagt die Nationale Sicherheitsstrategie aber, dass militärische Verteidigung nur ein Element für Sicherheit ist. Auch eine proaktive Außenpolitik und die entwicklungspolitische Kooperation mit anderen Ländern sind wesentlich. Europa ist nach wie vor ein mächtiger Zusammenschluss, verfügt aber nicht über genug Macht, um seine Interessen gegenüber den USA und China allein durchzusetzen. Dafür brauchen wir Kooperation –

auch mit Ländern des Globalen Südens. Wir brauchen multilaterale Regeln, Institutionen und eben diese Zielsetzung, die wir uns gemeinsam gegeben haben.

In der öffentlichen Debatte kommen diese Überlegungen kaum vor. Entspricht globale Zusammenarbeit nicht mehr dem Zeitgeist?

Wenn rechtsextreme Gruppen der Zeitgeist sind, dann ist das sicher so. Aber es kann auch andere Gründe haben. Wenn man die Volkswirtschaften aus dem Globalen Süden zusammennimmt, dann sind sie seit 2008 – gemessen in Kaufkraftparitäten – größer als die alten Industrieländer, auch wenn es immer noch sehr viele kleine, sehr arme Länder gibt, die von Not gekennzeichnet sind. Aber das Kräfteverhältnis hat sich verschoben. Das fällt den Ländern, die früher eindeutig auf der Gewinner- und Dominanzseite waren, schwer zu akzeptieren.

Anders gesagt: Die reichen Länder kommen nicht damit klar, nicht mehr die Stärksten zu sein? Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze argumentiert sinngemäß, dass die Erreichung der SDGs nie ein ehrliches Ziel aller Länder des Globalen Nordens gewesen sei, da sie ihre Vormachtstellung nicht aufgeben wollen. Und tatsächlich möchten die USA und viele europäische Länder nun wieder stärker auf Eigeninteressen setzen. Wie schätzen Sie das ein?

Bei Kooperation spielen immer auch eigene Interessen eine Rolle, das ist auch nicht verwerflich. Auch die Agenda 2030, die Klima- und die Biodiversitätsagenda waren ja nicht als Akt der Mildtätigkeit vereinbart, sondern im gemeinsamen Interesse aller. Das wird gerne unterschlagen, wenn nun auf Eigeninteressen gepocht wird. Zugleich haben wir aber planetare Grenzen: Der Wohlstandszuwachs in einigen Regionen muss mit einer Wohlstandsveränderung in den überreichen Ländern einhergehen. Innovationen, Kreislaufwirtschaft und nichtfossile Technologien können viel bewirken, aber zusätzlich muss der materielle Konsum zurückgehen – insbesondere in den gesellschafts-

lichen Schichten, die sich hohen Verbrauch leisten können. Das bringt Konflikte mit sich und kann zu dieser Gegenbewegung beigetragen haben.

Ich komme aber trotzdem zu einem anderen Schluss als Adam Tooze. Denn diese ethischen Fragen wurden bei der Entwicklung der SDGs lange diskutiert. Sie waren von sehr vielen gesellschaftlichen Akteur*innen, die an der Erarbeitung und Umsetzung der Agenda 2030 beteiligt waren, absolut ernst gemeint – auch in den westlichen Ländern. Da war nicht von vornherein beabsichtigt, wieder auszusteigen, wie die USA es jetzt planen.

Welche Faktoren haben Fortschritt bei den SDGs am meisten behindert?

Kriege und Konflikte verhindern nicht nur Fortschritt, sondern bringen sogar Rückschritt. Menschen kommen zu Tode, Gesellschaften werden zerstört, Vertrauen erodiert und damit die Voraussetzungen, um Verbesserungen bewirken zu können. Das haben wir im GSD-Report von 2023 herausgearbeitet. Die weltweiten Entwicklungen seither haben das leider nur bestätigt. Ein anderer wesentlicher Punkt ist die mangelnde Gleichstellung der Geschlechter.

zahlungen so hoch, dass sie nicht mehr in Transformation investieren können. Die reichen Länder inklusive China müssen sich unbedingt auf einen Schuldenerlass verständigen, aber das zeichnet sich bisher nicht ab.

Wie wird oder kann es weitergehen mit den SDGs?

Im Herbst wurden die Wissenschaftler*innen berufen, die den GSDR 2027 erstellen sollen. Sie werden herausarbeiten, was jetzt noch für die Umsetzung bis 2030 getan werden kann und was danach kommen muss. Es ist wichtig, dass wir an diesem Ziel festhalten, und der Bericht wird sicher wieder ein guter Anknüpfungspunkt sein. Zugleich müssen wir überlegen, wie eine Post-2030-Agenda aussehen kann. Im „Pakt für die Zukunft“ wurden bereits Handlungsfelder benannt, die 2015 noch nicht so präsent waren. Im Global Digital Compact beispielsweise geht es unter anderem um digitale Öffentlichkeit, Desinformation und die Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit. All dies sind jetzt wichtige Kampffelder rechtsextremer Kräfte.

„Bei Kooperation spielen immer auch eigene Interessen eine Rolle. Auch die Agenda 2030, die Klima- und die Biodiversitätsagenda waren ja nicht als Akt der Mildtätigkeit vereinbart.“

Weshalb ist das so zentral?

Abgesehen davon, dass Frauen Rechte haben, die erfüllt werden müssen, wirkt sich mehr Gleichberechtigung sehr positiv auf Bildung und Gesundheit und damit auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus. Auch für Demokratie ist es zentral, dass die Hälfte der Menschheit in ihrer ganzen Stärke zum Zuge kommt. UN-Generalsekretär António Guterres warnte 2023, dass wir Geschlechtergerechtigkeit erst in über 300 Jahren erreichen, wenn wir im bisherigen Tempo weitermachen. Das ist empörend.

Ein dritter Faktor ist die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer. Wegen der Einnahmeausfälle während der Corona-Pandemie mussten sich viele Entwicklungsländer auf den privaten Märkten verschulden. Nun sind ihre Zins-



IMME SCHOLZ

ist Ko-Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitglied des Aufsichtsrats von Brot für die Welt. Zuvor war sie Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE – heute IDOS, German Institute of Development and Sustainability, Bonn).

info@boell.de

Foto: Sibylle Fendt



Foto: picture alliance/Xinhua News Agency/Sulav Shrestha

Menschen in traditioneller Kleidung feiern im Dezember das Yomari-Punhi-Fest in Nepals Hauptstadt Kathmandu.

NEPAL

Träume von wirtschaftlicher Blüte und nachhaltiger Entwicklung

Nepal hat zwischen 2015 und 2024 den größten SDG-Fortschritt aller Länder in der Region Ost- und Südostasien erreicht, auch wegen Erfolgen bei der Armutsbekämpfung und dem Ausbau der Infrastruktur. Gleichwohl hat das Land noch einen langen Weg vor sich und wurde zuletzt durch Naturkatastrophen und politische Tumulte zurückgeworfen.

VON RUKAMANEE MAHARJAN

Den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung hat sich Nepal bereits 2015 verpflichtet und sie in seine langfristige Politik integriert. Um die Sustainable Development Goals (SDGs) umzusetzen, arbeitet die Regierung eng mit verschiedenen Akteuren zusammen, etwa UN-Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft. Es wurden Plattformen geschaffen, auf denen sich Interessengruppen austauschen können, etwa das Nepal SDGs Forum und das SDGs National Network Nepal.

Die Fortschritte werden besonders sichtbar bei SDG1 „Keine Armut“. Gemäß Nepals freiwilligem Staatenbericht (Voluntary National Review) von 2024 sank die Armutssquote – gemessen am Maßstab von 2010/11 – von etwa 25 % im Zeitraum 2010/11 auf weniger als vier Prozent im Zeitraum 2022/23. Der Bericht weist jedoch auch darauf hin, dass die nationale Armutsgrenze im Zeitraum 2022/23 überarbeitet wurde. Gemäß der neuen Grenze gilt ein Fünftel der Bevölkerung weiterhin als arm. Vor allem in ländlichen Gebieten ist Armut nach wie vor weit verbreitet.

Auch bei anderen Zielen kommt das Land voran, etwa bei SDG3 „Gesundheit und Wohlergehen“ und SDG4 „Hochwertige Bildung“. Nepal hat beispielsweise die Sterblichkeitsrate von Müttern und Neugeborenen drastisch gesenkt und die Alphabetisierungsrate erhöht.

STÄRKUNG DER INFRASTRUKTUR

In dem Himalaya-Land sind viele Gegenden aufgrund der bergigen Landschaft schwer zugänglich; deshalb lag ein Fokus der Regierung auf dem Ausbau der Infrastruktur, auch für



„Fortschritte bei der Infrastruktur haben nicht nur zu besserer Gesundheitsversorgung beigetragen, sondern etwa auch zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität.“

zuvor weitgehend isolierte Gemeinden. Mittlerweile sind nahezu alle Haushalte mit Strom versorgt, der in Nepal ganz überwiegend aus Wasserkraft stammt. Die meisten Haushalte verfügen zudem inzwischen über Toiletten und Zugang zu sauberem Wasser. Das hat die Hygiene verbessert, für weniger Krankheiten gesorgt und die Würde insbesondere von Frauen und Mädchen gestärkt. Eine stärkere Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien, vom Parlament bis hin zu Kommunalverwaltungen, hat ebenfalls die Gleichstellung gefördert.

Da die SDGs ineinander greifen, führen Erfolge in einem Bereich zu Fortschritten in anderen. So haben Fortschritte bei der Infrastruktur nicht nur zu besserer Gesundheitsversorgung beigetragen, sondern etwa auch zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität.

WEITERHIN GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Nepals freiwilliger Staatenbericht nennt auch Herausforderungen, die die Umsetzung der SDGs erschweren: Die Folgen der Erderwärmung verstärken Umweltgefahren wie Erdrutsche und Überschwemmungen; hinzu kommen verheerende Erdbeben wie das im Distrikt Jajarkot im Jahr 2023. Informelle Siedlungen belasten die Infrastruktur, zudem leidet das Land weiterhin unter hoher Arbeitslosigkeit. Wie viele andere Länder des Globalen Südens ächzt auch Nepal unter einer steigenden Schuldenlast. Und trotz aller Fortschritte bleibt die unzureichende Infrastruktur eine Achillesferse.

Dass Nepal im SDG-Ranking derzeit nur auf Platz 85 von 167 Ländern rangiert, liegt auch an schwachen institutionellen Kapazitäten und einer unzureichenden Koordination zwi-

„Nepal beteiligt sich mit seinen begrenzten Mitteln an den globalen Bemühungen um eine nachhaltigere, gerechtere und prosperierende Zukunft.“

schen den Regierungsbehörden, was die Umsetzung politischer Maßnahmen behindert. Auch die anhaltende politische Instabilität stellt eine große Herausforderung dar. Im September verwüsteten massive Gen-Z-Proteste gegen ein Social-Media-Verbot und korrupte Eliten die öffentliche Infrastruktur.

Auch in puncto soziale Ungleichheit hat das Land noch viel aufzuholen. Menschen werden weiterhin zu stark aufgrund von Geschlecht, Kaste und ethnischer Zugehörigkeit diskriminiert. Zugleich werden marginalisierte Gruppen wie Indigene, Dalits und Menschen mit Behinderungen zu wenig in politische Entscheidungen einbezogen.

Um die SDGs noch zu erreichen, benötigt das Land zwischen 2024 und 2030 pro Jahr umgerechnet etwa 23 Milliarden Dollar, wie die National Planning Commission berechnet hat.

Die größten Investitionen müssten demnach in Sektoren wie Industrie und Infrastruktur fließen, aber erhebliche Mittel werden auch in den Bereichen erneuerbare Energien und Armutsbekämpfung benötigt. Die Summe übersteigt den nepalesischen Haushalt deutlich; für das Haushaltsjahr 2025/26 liegt er bei umgerechnet etwa 14 Milliarden Dollar.

Unterm Strich beteiligt sich Nepal mit seinen begrenzten Mitteln an den globalen Bemühungen um eine nachhaltigere, gerechtere und prosperierende Zukunft. Es hat dabei sogar einen positiven Einfluss auf die Fähigkeit anderer Länder, die SDGs zu erreichen – das zeigt der sogenannte „Spillover Score“ an, der für Nepal bei knapp 95 von 100 liegt. Für die Weltgemeinschaft und das Erreichen der SDGs insgesamt kann es also nur von Vorteil sein, Nepal auf seinem Pfad weiterhin zu unterstützen.

LINK

Nepal: Voluntary National Review of Sustainable Development Goals 2024. <https://hlpf.un.org/countries/nepal/voluntary-national-reviews-2024>



RUKAMANEE MAHARJAN

ist Juradozentin an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu.

rukamanee.maharjan@nlc.tu.edu.np



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



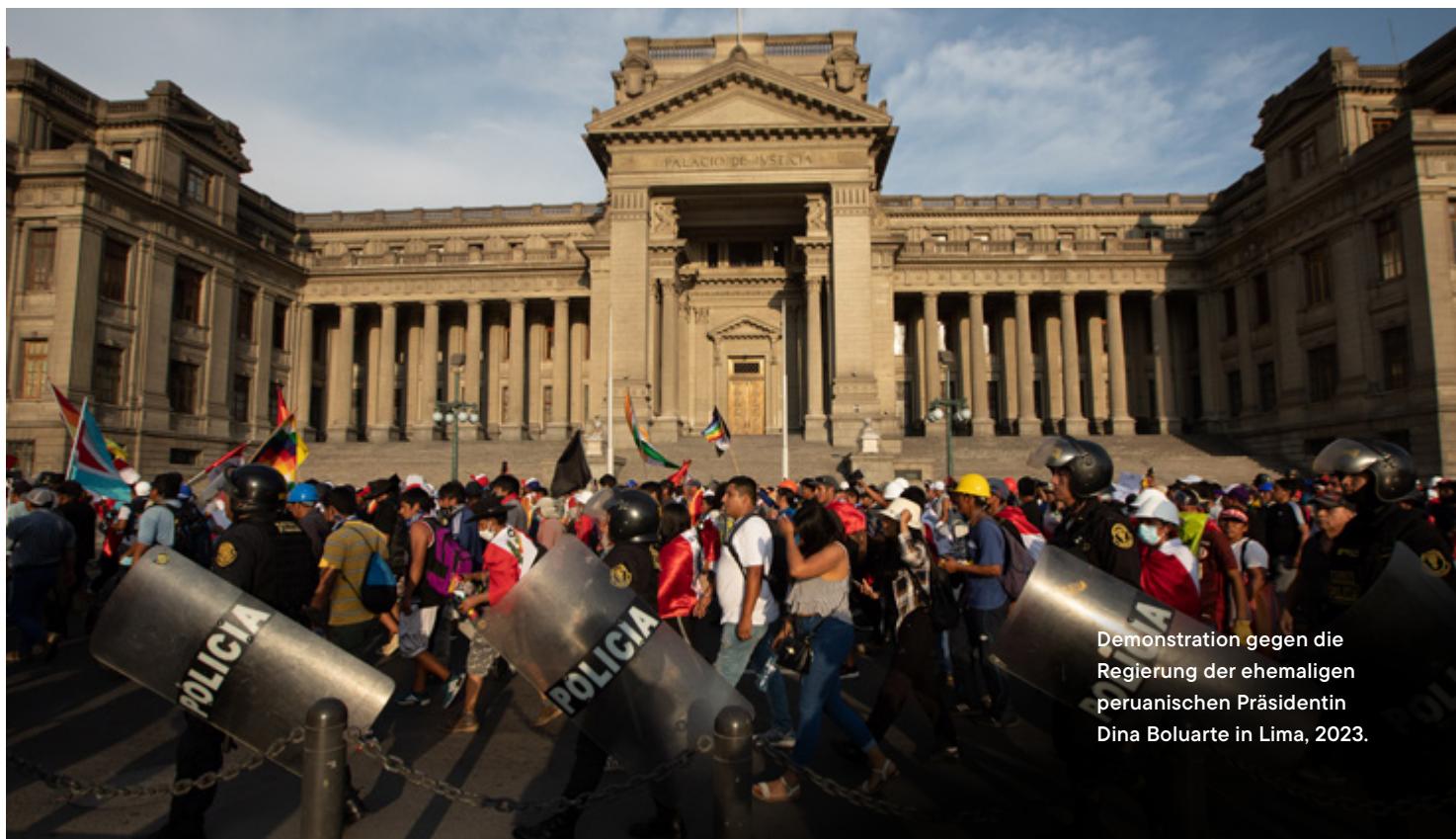
PERU

„Nicht alle Länder schlagen denselben Entwicklungsweg ein“

*Peru hatte in den letzten zehn Jahren sieben verschiedene Präsident*innen. Häufige Regierungswechsel, geschwächte politische Institutionen und ein hohes Maß an Informalität sind keine idealen Voraussetzungen für Entwicklung. Dennoch ist Peru das südamerikanische Land, das in den letzten zehn Jahren die größten Fortschritte bei den SDGs erzielt hat. Wir sprachen darüber mit Javier Bronfman, UNDP-Regionalberater für SDG-Integration.*

JAVIER BRONFMAN IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Foto: picture alliance/AA/Lucas Aguiay Araos



Demonstration gegen die Regierung der ehemaligen peruanischen Präsidentin Dina Boluarte in Lima, 2023.

Viele Länder Südamerikas liegen im SDG-Ranking vor Peru – mit Chile, Uruguay und Argentinien an oberster Stelle. Dennoch ist Peru das Land, das in den letzten zehn Jahren die größten Fortschritte erzielt hat. Wie war das möglich?

Peru ist von einem niedrigen Niveau gestartet und hat beeindruckende Fortschritte erzielt, auch wenn es in vielen Bereichen noch deutlich zurückliegt. Dieser Fortschritt war auch aufgrund des Wirtschaftswachstums möglich, das durchaus breitenwirksam war. Das Land stützt sich auf Einnahmen aus dem Export natürlicher Ressourcen und Bergbau, und ein beträchtlicher Teil davon wurde in soziale Programme wie Bildung und Sozialversicherungen investiert.

Würden Sie also sagen, dass Perus Fortschritte bei den SDGs vor allem auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen sind?

Zum Teil ja. Chiles Wirtschaft ist vor einigen Jahrzehnten stark gewachsen, und auch dort haben sich die Indikatoren in diesem Zeitraum verbessert. Aber: Wirtschaftswachstum kann zwar Impulse für Entwicklung geben, hat jedoch nicht

immer diese Wirkung. Bemerkenswert in Peru ist, dass die Einnahmen in sinnvolle soziale Investitionen geflossen sind, was nicht in allen lateinamerikanischen Ländern der Fall war. Der Fortschritt bei den SDGs war also einerseits möglich wegen des Wirtschaftswachstums – aber auch aufgrund solider Politik.

Das ist eine überraschende Aussage angesichts der politischen Turbulenzen in Peru in den letzten Jahren. Im Oktober wurde die ehemalige Präsidentin Dina Boluarte nach massiven Protesten und Unruhen ihres Amtes enthoben. Wie konnte das Land unter solchen Bedingungen Fortschritte erzielen?

Peru hatte in den letzten zehn Jahren sieben Präsident*innen, von denen viele anschließend zu Gefängnisstrafen oder Hausarrest verurteilt wurden. Auch die Fluktuation bei Minister*innen war hoch. Eine solche Instabilität schwächt in der Regel die Institutionen und behindert nachhaltige Entwicklung. Außerdem schreckt sie ausländische Investoren ab und behindert Wirtschaftswachstum. In Peru war dies jedoch nicht der Fall. Ausländische Investitionen, insbesondere im Rohstoffsektor, blieben stark.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Rodrigo Abd

„Es reicht nicht aus, Menschen aus der Armut zu befreien, wir müssen sie auch davor bewahren, wieder zurückzufallen.“

Warum funktionierten die Institutionen weiterhin?

Die fachlich-technische Führung innerhalb der öffentlichen Institutionen ist stark. Beispielsweise hat CEPLAN, das Nationale Zentrum für strategische Planung, hervorragende Arbeit geleistet, Herausforderungen identifiziert und langfristige strategische Ziele festgelegt. Auch das Bildungsministerium verfügt über kompetente Führungskräfte. Sie sorgen trotz der Instabilität auf der höheren politischen Ebene für Kontinuität, setzen wirkungsvolle Maßnahmen um und haben das Land in die richtige Richtung gelenkt. Ein weiterer Grund ist, dass Peru bereits über recht gut konzipierte Sozialprogramme verfügt, wie Bargeldhilfen und Bildung.

Im Bereich Bildung hat Peru besonders große Fortschritte gemacht. Was hat das Land dafür getan?

Peru hat sich zunächst auf den Zugang zu Bildung, dann auf Qualität konzentriert. Es wurde in die Lehrerausbildung investiert, in zweisprachigen Unterricht und die Einbeziehung Indiger Gemeinschaften. Zudem hat das Land neue nationale Bildungspläne und Lehrmethoden eingeführt und mit internationalen Organisationen zusammengearbeitet. Die lokalen Behörden erhielten mehr Autonomie bei Budgetentscheidungen. Obwohl sich die Indikatoren erheblich verbessert haben, ist die Bildungsqualität jedoch noch lange nicht ausgezeichnet.

Auch die Korruptionswahrnehmung ist in Peru hoch.**Transparency International stuft Peru auf Platz 127 von 180 Ländern ein. Behindert das Entwicklung nicht?**

Die wahrgenommene Korruption auf höchster politischer Ebene ist einer der Gründe für die aktuellen Unruhen und behindert definitiv Entwicklung. Ein Land kann sein Entwicklungspotenzial nicht ausschöpfen, wenn seine politische Führung häufig wechselt. Es gibt jedoch noch eine andere Ebene der Korruption – die informellen Netzwerke gegenseitiger Unterstützung. Diese reichen von den ärmsten Bevölkerungsschichten bis zu den höheren Machteln. Die Menschen nehmen diesen Austausch nicht

„Bemerkenswert in Peru ist, dass die Einnahmen in sinnvolle soziale Investitionen geflossen sind, was nicht in allen lateinamerikanischen Ländern der Fall war.“

immer als Korruption wahr, und in einigen Fällen fördert er sogar eine Art sozialen Zusammenhalt. Wenn alle am Netzwerk der Gefälligkeiten teilhaben und niemand zurückgelassen wird, kann dies in einem ansonsten instabilen und informellen Umfeld von Vorteil sein.

Können Sie das etwas näher erläutern?

Informalität ist in Peru weit verbreitet – nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in der Gesellschaft. Die Menschen helfen sich gegenseitig und verlassen sich aufeinander, weil formelle Systeme oft nicht funktionieren. Das verleiht ihnen Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit und schafft auch Flexibilität: Wenn es weniger formelle Anforderungen gibt, ist es leichter, den Arbeitsplatz zu wechseln oder ein neues Unternehmen zu gründen. Wenn externe Schocks wie die Pandemie auftreten, finden die Menschen so Wege, damit umzugehen. Auch wenn dies kurz- und

„Es gibt keinen One-size-fits-all-Ansatz, und nicht jedes Land wird denselben Entwicklungsweg einschlagen.“

mittelfristig einige positive Auswirkungen haben mag, ist es aber langfristig kein Ersatz für starke, verlässliche Institutionen. Langfristig behindert es Entwicklung, und das sehen wir bereits an den wachsenden Unruhen und Menschenrechtsproblemen. Der Fall Perus zeigt aber grundsätzlich, dass wir in der Entwicklungspolitik auch diese lokalen Gegebenheiten berücksichtigen müssen. Es gibt keinen One-size-fits-all-Ansatz, und nicht jedes Land wird denselben Entwicklungsweg einschlagen.

In welchen SDG-Bereichen ist Peru wenig vorangekommen?

Viele Bereiche erfordern Aufmerksamkeit: Armut, Hunger, Gesundheit – insbesondere Unterernährung und Anämie – sowie Ungleichheit, nicht nur beim Einkommen, sondern auch beim Zugang zu staatlichen Leistungen und Chancengleichheit. Stadt und Land haben unterschiedliche Herausforderungen und Bedürfnisse, die berücksichtigt werden müssen. Auch die Umweltindikatoren sind schlecht, obwohl neue Regularien erlassen und internationale Verträge unterzeichnet wurden. Die Umsetzung ist jedoch nach wie vor unzureichend. Das ist beunruhigend, da Peru Extremwetterereignissen wie Schlammlawinen, Dürren, Waldbränden und starken Regenfällen ausgesetzt ist. Das Land braucht eine widerstandsfähige Infrastruktur.

„In jedem Land gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Wir müssen diese Möglichkeiten erkennen und die Herausforderungen angehen. Das ist der einzige Weg.“

Warum ist die Durchsetzung von Umweltvorschriften so schwierig, während der Sozialbereich recht gut vorankommt?

Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben, wie beispielsweise institutionelle Kapazitäten. Umweltschutz ist aber auch ein politisch sensibles Thema. Die Bergbauindustrie ist für die Wirtschaft zentral, sodass beispielsweise gezögert wird, nachhaltigen Bergbau ernsthaft zu verfolgen. Viele Menschen glauben auch immer noch, dass Klimaschutz das Wirtschaftswachstum einschränkt – nicht nur in Peru. Das ist jedoch schlichtweg falsch. Es gibt viele Geschäftsmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Energien sowie bei der Anpassung an den Klimawandel und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit.

Wie hat sich Lateinamerika insgesamt in den letzten Jahren entwickelt?

Wir befinden uns in einer kritischen Phase. Die Region steht vor einem weiteren verlorenen Jahrzehnt mit geringer Produktivität und wirtschaftlicher Diversifizierung. Es gab Rückschläge in der Entwicklung, insbesondere im sozialen Bereich. Externe Schocks, insbesondere klimabedingte, haben die Region hart getroffen – auch, weil die Schutzmaßnahmen schwach sind. Die Armutssquote in der Region war seit den 1980er-Jahren rückläufig, aber die Pandemie hat einen Teil davon zunichte gemacht. Und auch wenn Menschen der Armut entkommen sind, bleiben sie dennoch gefährdet und könnten durch Schocks leicht zurückgeworfen werden. Im regionalen UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung (Regional Human Development Report 2025) haben wir uns daher auf das Thema Resilienz konzentriert. Es reicht nicht aus, Menschen aus der Armut zu befreien, wir müssen sie auch davor bewahren, wieder zurückzufallen. Dazu gehört, sie vor Klimakatastrophen zu schützen, Versicherungen anzubieten, die Wirtschaft anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu schaffen, und Weiterbildungsprogramme anzubieten.

Sie sind Teil des Teams, das für UNDP den Bericht „Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika und der

Karibik“ verfasst, der nächstes Jahr veröffentlicht wird.

Warum ist Demokratie ebenfalls ein wichtiges Thema?

Die Region hat Fortschritte gemacht, und die meisten Länder hatten stabile demokratische Regierungen und Wahlen. Aber heute steht die Demokratie unter Druck. Die Polarisierung nimmt zu, und das politische Zentrum erodiert. Das erschwert gute Regierungsführung und schafft mehr Raum für autoritäre Regierungen. Es wirkt sich auch negativ auf die Entwicklungsfortschritte aus und ist ein Risiko für die Wirtschaft.

Warum stehen Demokratien Ihrer Meinung nach unter Druck?

Ich glaube, dass wir eine Zukunftskrise haben. Ich unterrichte seit 20 Jahren an der Universität und beobachte wachsende Unsicherheit und Angst unter den jungen Menschen. Wir müssen ihnen wieder Hoffnung geben, indem wir auf eine Welt hinarbeiten, die zur Teilhabe einlädt – die Räume bietet, in denen Menschen sich entfalten, innovativ sein und ihr Leben gestalten können. Es ist verheerend, dass nur etwa 18 % der SDGs auf dem Weg sind, bis 2030 erreicht zu werden. Aber es gibt in jedem Land Verbesserungsmöglichkeiten. Wir müssen diese Möglichkeiten erkennen und die Herausforderungen angehen. Das ist der einzige Weg nach vorne.

QUELLE

Briceño, V., Bronfman, J., De Los Ríos, C., und Villagarcía, F., 2024: [New effective paths for approaching the 2030 Agenda with public and private actors amid political instability](#).



JAVIER BRONFMAN

ist UNDP Regional Adviser on SDG Integration für Lateinamerika und die Karibik.

javier.bronfman@undp.org

REGIERUNGSFÜHRUNG

Wie Usbekistan rasche Fortschritte bei den SDGs erzielt hat

Das zentralasiatische Land sorgt für Aufsehen: Es belegt laut dem aktuellen SDG-Bericht weltweit Platz fünf beim Fortschritt der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zwischen 2015 und 2024. Während das Land lange Zeit mit Stagnation und ländlicher Armut in Verbindung gebracht wurde, hat es inzwischen einige Reformen vorzuweisen.

VON SHAHIDA TULAGANOVA



Foto: picture alliance/Anadolu/Bahtiyar Abdulkirimov

Das Erscheinungsbild Usbekistans verändert sich: In den Bergen der Region Zaamin wurde die längste Hängefußgängerbrücke Zentralasiens gebaut.

Usbekistans Transformation ist untrennbar mit dem politischen Wandel verbunden, der auf den plötzlichen Tod des ehemaligen Präsidenten Islam Karimov im Jahr 2016 folgte. Unter Karimovs autoritärer Herrschaft stagnierte die Wirtschaft des Landes. Shavkat Mirziyoyev, der unter Karimov Premierminister gewesen war, trat seine Nachfolge mit dem Wahlversprechen an, Veränderungen herbeizuführen.

„Mirziyoyev hat bestimmte Beschränkungen für die Wirtschaft und das Unternehmertum aufgehoben, die zu Karimovs Ära bestanden“, sagt Alisher Ilkhamov, Direktor der in Großbritannien ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation Central Asia Due Diligence. Diese Wirtschaftsreformen hätten Wirkung gezeigt. „Damals gab es einen zentralisierten Währungsaustausch, heute hingegen ist die Wirtschaft liberaler ausgerichtet. Wirtschaftsprogrammen und -initiativen hat das offenbar einen wichtigen Impuls gegeben“, sagt er.

Die Fortschritte, die Usbekistan beim Zugang zu Bildung erzielt hat, sind auch das Ergebnis einer Dezentralisierung und einer Zurücknahme staatlicher Kontrolle. Das frühere Regime war sehr zurückhaltend, wenn es darum ging, ausländische Universitäten ins Land zu lassen. Unter Mirziyoyev hingegen haben verschiedene ausländische Universitäten aus Europa, den USA und Asien zahlreiche Zweigstellen in Usbekistan eingerichtet, wie Alisher Ilkhamov betont. Dies habe neue Möglichkeiten für Studierende geschaffen.

„Zumindest kann man sagen, dass sich die Situation verbessert hat, insbesondere in der Hochschulbildung“, sagt Ilkhamov. „Und bei der Schulbildung sollte man bedenken, dass Kinder nicht mehr zum Baumwollpflücken geschickt werden. Jetzt können sie das ganze Jahr über im Klassenzimmer lernen, anstatt von diesen absurdum Baumwollpflückkampagnen abgelenkt zu werden. Allein das trägt schon zur Verbesserung bei.“

BETRÄCHTLICHE ÜBERWEISUNGEN AUS DEM AUSLAND

Ein weiterer Grund für den Fortschritt Usbekistans kam von außen: die Auslandsüberweisungen von Arbeitsmigrant*innen. Laut der Zentralbank von Usbekistan lag deren Gesamtvolumen im Jahr 2024 bei 14,8 Milliarden Dollar, davon 11,5 Milliarden allein aus Russland, wo die Mehrheit der usbekischen Arbeitsmigrant*innen lebt. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 lag das Bruttoinlandsprodukt Usbekistans bei 115 Milliarden Dollar.

Analyst Alisher Ilkhamov betont, dass Auslandsüberweisungen nicht nur für Einkommen sorgen, sondern auch

den Binnenkonsum ankurbeln, die Nachfrage nach regionalen Gütern und Dienstleistungen erhöhen sowie Arbeitsplätze im Inland schaffen. Usbekistans SDG-Fortschritt basiert demnach teilweise auf jenen, die im Ausland arbeiten. Eine usbekische Migrantin in Russland, die anonym bleiben möchte, sagt: „Meine Mutter starb 2021 an Covid-19. Ich musste meine jüngeren Schwestern deshalb selbst versorgen. Obwohl die Maßnahmen gegen Arbeitsmigrant*innen verschärft wurden, habe ich nicht vor, Moskau zu verlassen, denn zu Hause könnte ich nicht wie hier zwischen 1000 und 1100 Dollar im Monat verdienen. In meiner Zeit hier habe ich mehrere Berufe erlernt und es geschafft, Russisch auf einem Niveau zu sprechen, das für die alltägliche Kommunikation und zum Arbeiten ausreicht.“

„Daten der Weltbank zeigen, dass die Armut zwar zurückgegangen ist, die Ungleichheit aber zugenommen hat.“

LANDWIRTSCHAFT ALS SCHLÜSSELEKTOR

Einige der größten Herausforderungen bestehen weiterhin im Agrarsektor, in dem etwa 14 % der Bevölkerung beschäftigt sind – ein Rückgang gegenüber 26 % im Jahr 2000. „Usbekistan hat erst die Hälfte geschafft“, sagt Umida Niyazova, Direktorin des Usbekischen Forums für Menschenrechte, einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die sich für Arbeitnehmerrechte einsetzt. Einerseits habe Usbekistan in vielen Bereichen Reformen eingeleitet und sei so zu einem der größten Fördermittelempfänger internationaler Finanzinstitutionen geworden, um weitere Reformen im Sinne der SDGs anzustoßen. Andererseits kritisiert sie, dass „Reformen in der Landwirtschaft halbherzig und wenig durchdacht umgesetzt werden“.

Als Beispiel nennt Umida Niyazova den Einfluss des Staates auf die Produktion von Baumwolle – einem der wichtigsten Exportgüter des Landes – und Getreide. Sie erinnert daran, dass 2020 verkündet wurde, das offizielle staatliche Auftragssystem zur Produktion von Baumwolle und Getreide einzustellen. „Tatsächlich aber zwingt der Staat die Bäuerinnen und Bauern weiterhin, diese Pflanzen anzubauen, auch wenn es für sie unrentabel ist“, sagt sie und fügt hinzu, dass einige Landwirt*innen gezwungen waren, ihre Ernte an Unternehmen zu verkaufen, die nicht bezahlten. Einst wohlhabende Betriebe sind so bankrott gegangen. Laut

Umida Niyazova spiegeln sich darin tiefere systemische Schwächen wider. Letztlich bleibe die weitverbreitete ländliche Armut bestehen, solange die Wirtschaft nicht wirklich liberalisiert werde, meint sie.

Der SDG-Bericht 2025 hebt zwei Bereiche hervor, in denen Usbekistan deutlich zurückliegt: Hunger und Energie. Ernährungsunsicherheit bleibt ein Problem für benachteiligte Bevölkerungsgruppen – auch wenn die Armutsraten sinken.

Daten der Weltbank zeigen, dass die Armut zwar zurückgegangen ist, die Ungleichheit aber zugenommen hat. Zwischen 2022 und 2023 stiegen die Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung nur um sechs Prozent, während das wohlhabendste Zehntel Zuwächse von mehr als 30 % verzeichnete. Da die Lebensmittelpreise schneller steigen als Löhne und Renten, gibt es in vielen Haushalten Schwierigkeiten, sich angemessen zu ernähren, was wiederum die Fortschritte bei SDG2 „Kein Hunger“ untergräbt.

ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN BRENNSTOFFEN

Darüber hinaus ist das Energiesystem des Landes weiterhin von chronischen Engpässen betroffen. Usbekistan ist stark von fossilen Brennstoffen abhängig. Laut der Internationalen Energieagentur lag 2023 der Anteil von Erdgas an der Energieversorgung bei 79 %, gefolgt von Öl und Kohle. Erneuerbare Energien gewinnen zwar an Bedeutung, machen aber nur einen Bruchteil des Energiemixes aus. Gleichzeitig hat das Land Probleme mit seiner veralteten Gas- und Strominfrastruktur.

„Es ist ein großer Vorteil, dass das Stromnetz in Usbekistan weiterhin hauptsächlich mit Erdgas läuft, das im Inland produziert und nicht importiert wird“, sagt Laurent Ruseckas, Analyst bei S&P Global Commodity Insights. Der Ausbau der erneuerbaren Energien werde zwar Zeit und erhebliche Investitionen erfordern, doch sei das Land offenbar auf dem richtigen Weg. „Usbekistan hat beim Bau großflächiger Solarenergieanlagen in letzter Zeit beträchtliche Erfolge erzielt, auch mit Unterstützung multilateraler Finanzinstitutionen und mit Investitionen von Unternehmen wie Masdar und TotalEnergies“, sagt er. Mehr Investitionen in erneuerbare Energien, das Stromnetz und die Erdgasproduktion seien allerdings erforderlich, um den Produktionsrückgang in älteren Gasfeldern auszugleichen, so Ruseckas.

Anfang 2024 hat die usbekische Regierung ihr Ziel für Strom aus erneuerbaren Energien für 2030 von 25 % auf 40 % erhöht und ihr Ziel für Solar- und Windkapazität von 12 auf 27 Gigawatt mehr als verdoppelt. Eine systemische Reform des Energiesektors steht allerdings noch aus, sodass SDG7 „Bезzahlbare und saubere Energie“ noch weit entfernt ist. Im Energiesektor und in anderen Bereichen verschärfen

Korruption, Ineffizienz und Misswirtschaft die Situation zusätzlich.

REFORMEN MÜSSEN FORTGESETZT WERDEN

Alles in allem hat sich das Leben der Usbek*innen trotz anhaltender Schwierigkeiten in den letzten Jahren deutlich verbessert. Kleine Unternehmen haben mehr Möglichkeiten, die Korruption hat durch digitale Dienste abgenommen, und internationale Partnerschaften haben dem Bildungswesen eine neue Dynamik verliehen. Die zunehmende Ungleichheit, der anhaltende Hunger, die systemischen Energieprobleme und Notlagen in ländlichen Gebieten machen jedoch deutlich, dass Reformen tiefer greifen müssen, wenn sie von Dauer sein sollen.

Der Kampf gegen Armut wird deshalb auch in Zukunft ein großes Thema bleiben. Im Jahr 2024 hat Präsident Mirziyoyev ein staatliches Programm namens „Von der Armut zum Wohlstand“ angekündigt. Es soll den Schwerpunkt auf Beschäftigung, nachhaltige Einkommensquellen und hochwertige Bildung legen, da dies die wichtigsten Faktoren für langfristige Armutsbekämpfung sind. Mirziyoyev erklärte, dass mehr als 70 % der Staatsausgaben für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung verwendet werden sollen.

Sinnvoll ist vor diesem Hintergrund auch, dass Usbekistan bereits 2017 dem International Comparison Program (ICP) beigetreten ist. Die Initiative der Weltbank ermöglicht es Ländern, international vergleichbare Daten zu Armut und Lebensstandard zu erheben. Unter Ex-Präsident Karimov verfügte Usbekistan über keine verlässlichen Daten zu Armut – ein Vergleich der sozialen Leistungsfähigkeit des Landes mit der seiner Nachbarn oder anderer Länder war somit unmöglich. Später hat Usbekistan mit Unterstützung der Weltbank eine eigene Methodik zur Messung der Armut entwickelt. Sie zeichnet ein klareres Bild der Herausforderungen, vor denen die usbekische Gesellschaft steht.

Fürs Erste hat Usbekistan bewiesen, dass schneller Fortschritt tatsächlich möglich ist. Ob er jedoch nachhaltig ist, bleibt abzuwarten.

LINK

Weltbank: International Comparison Program.
<https://www.worldbank.org/en/programs/icp>



SHAHIDA TULAGANOVA

ist Produzentin, Regisseurin und Kriegsreporterin aus Usbekistan. Sie lebt in Großbritannien.

shahidayakub@gmail.com

Foto: picture alliance/Daniel Kalker/Daniel Kalker



Im Deutschen Bundestag sitzen weniger Frauen als in der vorherigen Legislaturperiode.

DEUTSCHLAND

Motor oder Bremsklotz? Deutschland und die SDGs

Deutschland zählt zu den führenden Ländern bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Gleichwohl verfehlt das Land die Ziele deutlich in zentralen Bereichen wie Armut, Ungleichheit, Bildung und Geschlechtergerechtigkeit. Statt der jüngsten Kürzungen im Entwicklungsetat bräuchte es mehr Anstrengungen, um die Agenda 2030 endlich konsequent umzusetzen.

VON TOBIAS HAUSCHILD

Im jährlichen UN-Bericht zum Fortschritt der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung landet Deutschland regelmäßig auf den vorderen Plätzen, im vergangenen Jahr etwa auf Platz 4 von 167 bewerteten Staaten. Ein Grund zur Selbstzufriedenheit ist das jedoch nicht. Deutschland hat zwar einige Fortschritte erzielt, das gute Abschneiden im internationalen Vergleich täuscht aber auch über gravierende Defizite hinweg – und viele Erfolge stehen nun wieder auf der Kippe.

In Deutschland zeigen sich besorgniserregende Trends in mehreren zentralen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung. Rückschritte gab es beispielsweise bei Indikatoren für SDG1 „Keine Armut“, SDG4 „Hochwertige Bildung“, SDG5 „Geschlechtergleichheit“ und SDG10 „Weniger Ungleichheiten“. Auch bei SDG17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ besteht Verbesserungsbedarf.

Deutschland ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt und, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die drittgrößte Volkswirtschaft nach den USA und China. Doch dieser wirtschaftliche Reichtum kommt längst nicht bei allen Menschen an. Besonders alarmierend im Hinblick auf SDG1 „Keine Armut“ ist der Anstieg der Armutsrate nach Steuern und Transfers – also des Anteils der Bevölkerung, der mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens auskommen muss. Laut UN sind dies in Deutschland 11,6 % – ein neuer Höchststand seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2008. Damit rückt das Ziel, die Armutsquote auf 6,1 % zu senken, in immer weitere Ferne.

„Wer aus einem Elternhaus ohne (Fach-)Hochschulreife oder Berufsabschluss stammt, hat in Deutschland noch immer deutlich schlechtere Chancen, selbst ein Studium abzuschließen.“

STARKE GESELLSCHAFTLICHE UNGLEICHHEITEN

Bis zur Umsetzung von SDG10 „Weniger Ungleichheiten“ ist es ebenfalls noch ein weiter Weg. Problematisch ist vor allem die zunehmende Altersarmut. Der Anteil der Menschen ab 66 Jahren, deren Einkommen weniger als die Hälfte des mittleren Haushaltseinkommens beträgt, liegt bei 14,1 % – ebenfalls ein neuer Höchstwert. Das langfristige Ziel für

diesen Indikator liegt bei 3,2 %. Auch die beiden wichtigsten Indikatoren für Einkommensungleichheit, der Gini-Koeffizient und der Palma-Index, zeigen für Deutschland einen negativen Trend und erreichen neue Höchststände.

Bei SDG4 „Hochwertige Bildung“ zeigt sich: Kaum ein Jahr vergeht, ohne dass die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Deutschland dafür rügt, dass die Bildungschancen hierzulande noch immer stark vom Einkommen und Bildungsgrad der Eltern abhängen. Zwar ist der Anteil junger Erwachsener mit Hochschulabschluss in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und schneller gewachsen als in vielen anderen Industrieländern, von 33 % im Jahr 2019 auf 40 % im Jahr 2024. Gleichzeitig nimmt jedoch der Anteil junger Menschen ohne (Fach-)Hochschulreife und Berufsausbildung zu. Hier liegt Deutschland mit inzwischen 15 % in Europa im unteren Drittel.

Diese Kluft zwischen höher und gering qualifizierten jungen Menschen ist besonders problematisch, weil sie die sozialen Unterschiede weiter verfestigt. Wer aus einem Elternhaus ohne (Fach-)Hochschulreife oder Berufsabschluss stammt, hat in Deutschland noch immer deutlich schlechtere Chancen, selbst ein Studium abzuschließen. Nur etwa ein Fünftel schafft den Aufstieg, während es bei Kindern mit mindestens einem akademisch gebildeten Elternteil etwa drei Fünftel sind.

NACHHOLBEDARF BEI GENDERGERECHTIGKEIT

Im globalen Vergleich hat Deutschland bei der Gleichstellung der Geschlechter bereits einiges erreicht. Doch von einer vollständigen Erfüllung von SDG5 „Geschlechtergleichheit“ ist es noch weit entfernt. Obwohl Fortschritte in der Bildung oder bei der Beschäftigungsquote von Frauen erfreulich sind, gibt es in zu vielen zentralen Bereichen weiterhin deutlichen Handlungsbedarf. Besonders drastisch ist der Gender Pay Gap, also der Unterschied im Einkommen von Frauen und Männern: Deutschland liegt hier EU-weit auf dem fünftletzten Platz und weit hinter dem europäischen Durchschnitt.

Auch bei der Repräsentation auf politischer Ebene ist die Parität noch nicht erreicht. Der Anteil weiblicher Mitglieder im Deutschen Bundestag liegt aktuell nur bei 32,4 % und damit niedriger als in der vorherigen Legislaturperiode. Hinzu kommt, dass derzeit diskutierte politische Maßnahmen wie die Abschaffung des Pflegegrads 1 negative Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Frauen haben und damit den Gender Pay Gap verstärken könnten.

Mit Blick auf Deutschlands Rolle als internationaler Geber und weltpolitischer Akteur zeigen sich ebenfalls Licht und

Schatten. Bei SDG17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ bestehen weiterhin signifikante Herausforderungen. Positiv ist herauszustellen:

- Die Bundesregierung war ein wichtiger Antreiber, als es darum ging, die Weltbank stärker auf die Bekämpfung von Ungleichheit auszurichten;
- Deutschland hat von 2020 bis 2023 das international zugesagte Ziel erreicht, mindestens 0,7 % seiner Wirtschaftskraft für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA – Official Development Assistance) aufzuwenden, und
- stellte 2024 die zugesagten sechs Milliarden Euro bereit, um einkommensschwache Länder dabei zu unterstützen, Klimaschutz zu betreiben oder sich an den Klimawandel anzupassen.

„Die Bundesregierung müsste jetzt eigentlich entschlossen gegensteuern. Stattdessen verschärfen aktuelle Einsparungen und insgesamt unzureichender politischer Wille die Probleme.“

In Zukunft wird die Bundesregierung diese und andere Zusagen jedoch wohl nicht mehr einhalten können. Die drastischen Kürzungen beim Entwicklungsetat und in der humanitären Hilfe im Bundeshaushalt führten schon 2024 dazu, dass die 0,7-Prozent-Marke gerissen wurde. Angesichts der für die nächsten Jahre geplanten Kürzungen ist davon auszugehen, dass dieser Rückgang noch deutlich zunehmen wird. Das ist ein fatales Signal in Zeiten steigender weltweiter Bedarfe und zunehmender Instabilität. Deutschland wäre damit kein verlässlicher Partner mehr und konterkariert das Leitprinzip der SDGs „Niemanden zurückzulassen“.

Auch wenn Deutschland bei den SDGs im internationalen Vergleich gut dasteht, hat das Land bisher kein einziges der Ziele für nachhaltige Entwicklung erfüllt. Hält der gegenwärtige Trend an, wird das Erreichen der Agenda 2030 immer unwahrscheinlicher. Die Bundesregierung müsste jetzt eigentlich entschlossen gegensteuern. Stattdessen verschärfen aktuelle Einsparungen und insgesamt unzu-

reichender politischer Wille die Probleme – damit bremst sich Deutschland beim Erreichen der SDGs aus.

Oxfam Deutschland und andere zivilgesellschaftliche Organisationen drängen daher auf eine Politik, die das Erreichen der Ziele zur Leitlinie politischen Handelns macht. Dazu gehören etwa eine Besteuerung von Superreichen sowie gezielte Investitionen in soziale Grunddienste, Geschlechtergerechtigkeit, Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz. Nur so kann Deutschland wieder glaubwürdig zum Motor für nachhaltige Entwicklung werden.

LINK

Sustainable Development Report:

dashboards.sdgindex.org/map



TOBIAS HAUSCHILD

ist Leiter des Bereichs Soziale Gerechtigkeit bei Oxfam Deutschland.

thauschild@oxfam.de

MEINUNG

Rückbesinnung auf den Kern der SDGs als Chance für die Entwicklungszusammenarbeit

Die Realisierung von Umwelt- und Klimaschutz und Entwicklung ist der Kern der SDGs – ihn wieder ins Zentrum des Handelns zu stellen, eröffnet nicht nur der Entwicklungszusammenarbeit eine Chance, das Thema entlang eines positiven Zukunftsbildes neu zu denken.

VON ESTELLE HERLYN



Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Agenda 2030 herrscht Ernüchterung. Nicht nur werden die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) nicht erreicht werden; die schwierige aktuelle Lage macht bei einigen Indikatoren sogar eine Verschlechterung gegenüber der Ausgangssituation in den Jahren 2015/16 möglich. Die Entwicklungszusammenarbeit steckt in einer ernsten Krise. Zugleich gewinnt auch im Kontext des unternehmerischen Nach-

haltigkeitsengagements die Erkenntnis Raum, dass die bisherigen Bemühungen nicht dazu führen werden, dass die Ziele erreicht werden.

Wenn je Fortschritte erzielt werden sollen, braucht es sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch im Privatsektor eine Rückbesinnung auf den Ursprungsgedanken der nachhaltigen Entwicklung, der Umwelt- und

Klimaschutz und Entwicklung zusammenbringt. Hierzu ist internationale und akteursübergreifende Kooperation ein Muss, was erhebliche Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit eröffnet. An keiner Stelle wird dies so deutlich wie im Bereich des Klimaschutzes: Erfolg verspricht einzig eine international kooperative Herangehensweise zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Nur über einen solchen Weg sind die bis heute ungelösten Zielkonflikte zwischen ökologischen sowie ökonomischen und sozialen Anliegen besser in den Griff zu bekommen – zum Vorteil der Menschen überall auf der Welt.

DIE AKTUELLE SITUATION

Die Entwicklungszusammenarbeit durchläuft eine schwierige Zeit. Die Unterstützung insbesondere der USA, aber auch der europäischen Länder bröckelt. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession sinkt auch in Deutschland die Bereitschaft, Geld international einzusetzen. In der Folge stehen wesentlich weniger Mittel zur Verfügung. Zudem erschweren geopolitische Spannungen den Multilateralismus.

In der Konsequenz verpufft die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Decade of Action“: Die 17 Ziele der Agenda 2030 werden bis zum Jahr 2030 unerreicht bleiben. Doch die vorgenannten aktuellen Entwicklungen sind nicht der einzige Grund dafür; vielmehr gab es von Beginn an Hindernisse. Dazu zählen bis heute ungelöste Zielkonflikte zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen, etwa zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Klimaschutz, ein Mangel an internationaler Kooperation sowie häufig eine primär nationale Herangehensweise, etwa beim Klimaschutz. Ein Blick in das diesbezügliche Tun der Unternehmen und die sie leitenden regulatorischen Anforderungen spricht Bände. Hinzu kommen gigantische Finanzierungslücken und Defizite bei der Verfügbarkeit und dem Transfer nachhaltiger Technologien.

Außerdem stößt man auf ein weit verbreitetes falsches Verständnis des Begriffs Nachhaltigkeit: In Deutschland wird er viel zu häufig auf ökologische Anliegen reduziert. Dass der frühere deutsche Minister Gerd Müller aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein „Bundesministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung“ machen wollte, wurde in der Breite der Gesellschaft nicht verstanden. Viel zu oft wurde und wird verkannt, dass es sich bei der Agenda 2030 um ein globales Zielsystem handelt, bei dem es um eine gleichzeitige Erreichung aller Ziele gehen muss.

BACK TO THE ROOTS: UMWELT UND ENTWICKLUNG

Vor der Beantwortung der Frage „Wie weiter?“ sollte der Blick zurück auf die Definition nachhaltiger Entwicklung und ihre Vorgeschichte gehen. Diese führt zur ersten Welt-

„Erfolg verspricht einzig eine international kooperative Herangehensweise zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden.“

umweltkonferenz im Jahr 1972, als die damalige indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi das Recht der Entwicklungsländer auf wirtschaftliche Entwicklung einforderte. Dieses dürfe nicht dem Umweltschutz geopfert werden, beide Anliegen müssten vielmehr parallel verfolgt werden. Diese Gleichzeitigkeit wurde später in der Brundtland-Definition festgehalten: Nachhaltige Entwicklung bedeutet die gleichzeitige weltweite Realisierung von wirtschaftlicher Entwicklung und Umwelt- und Klimaschutz. Für Klaus Töpfer, ehemaliger deutscher Umweltminister und Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms, war genau dies die Lebensaufgabe. Stimmen wie seine fehlen heute sehr.

Die Agenda 2030 reflektiert diesen Kern, der allzu oft vergessen wird: Sie beinhaltet die weltweite Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse (Ziele 1–6) – und nicht etwa die Durchführung von Yogakursen als Teil des betrieblichen Gesundheitsmanagements, wie es europäische Unternehmen in ihren Nachhaltigkeitsberichten festhalten. Außerdem umfasst sie die Schaffung eines ökonomischen Systems, das Wohlstand generiert und zugleich weniger Ungleichheit hervorbringt, als es heute der Fall ist (Ziele 7–12). Es folgen Umwelt- und Klimaschutz (Ziele 13–15). Für all das müssen Voraussetzungen erfüllt sein, wie starke Institutionen und globale Kooperation (Ziele 16–17).

Vielen Akteuren in Politik und Wirtschaft mangelt es an einem tiefen Verständnis für die komplexen Zusammenhänge. Nur wer einen Blick für die Wechselwirkungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Fragestellungen hat, wird Maßnahmen ergreifen können, die nicht außer Acht lassen, dass man der Agenda 2030 nur gerecht wird, wenn man sie als global zu adressierendes Zielsystem versteht.

Von zentraler Bedeutung ist die Formulierung einer positiven Zukunftsvision, die vielerorts abhandengekommen zu sein scheint. In Deutschland wird Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit zunehmend mit Verboten, Wohlstandsverlust und Bürokratie assoziiert. Verloren gegangen zu sein scheint, dass es im Kern der Agenda 2030 um ein durchweg positives Versprechen geht: die Sicherung des Wohlergehens aller Menschen bei gelingendem Umwelt- und Klimaschutz.

„Die 17 Ziele der Agenda 2030 werden bis zum Jahr 2030 unerreicht bleiben.“

KOOPERATION ALS VORAUSSETZUNG

Nachhaltige Entwicklung ist eine zutiefst kooperative, globale Aufgabe. Es gibt kein nachhaltiges Deutschland und kein nachhaltiges Unternehmen in einer nicht nachhaltigen Welt. Der Spieltheoretiker Axel Ockenfels betont, dass der Klimawandel das „größte Kooperationsproblem der Menschheit“ ist.

Klimaschutz kann nur gelingen, wenn alle eingebunden sind, denn das einzige relevante Ziel ist, ein „Global Net Zero“ zu erreichen. Nationale Alleingänge dienen der Sache nicht und erweisen sich oftmals sogar als kontraproduktiv, weil sie den Vorreiter wirtschaftlich schwächen und Emissionen nicht aus der Welt, sondern in andere Länder verschieben. Hierauf wiesen jüngst die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute hin. „Individuelle Verpflichtungen allein verringern die Emissionen nicht“, konstatierte auch Simon Stiell, Leiter des UN-Klimasekretariats, auf der COP30 in Belém. Deutschland sollte sich in besonderer Weise angesprochen fühlen.

Ohne ein kooperatives Vorgehen zwischen Staaten, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Konsument*innen, das auch den Entwicklungsanliegen des Globalen Südens Rechnung trägt, sind Fortschritte unmöglich. Die sich stellende gigantische Finanzierungsaufgabe lässt sich nur gemeinsam schultern. Für die Entwicklungszusammenarbeit bedeuten diese Zusammenhänge eine große Chance, den Klimaschutz als Hebel zu nutzen, um auch ihre anderen Anliegen zu adressieren. Dafür sollte sie eine viel stärkere Interaktion mit dem Privatsektor anstreben.

DER PARISER KLIMASCHUTZVERTRAG – VERNACHLÄSSIGTE DETAILS

Das im Pariser Klimaschutzabkommen genannte Zwei-Grad-Ziel können die Staaten der Welt nur gemeinsam erreichen. Es ist nicht überraschend, dass die weltweiten CO2-Emissionen stetig weiter ansteigen. Ein Blick auf die vereinbarten Klimaschutzziele der Staaten offenbart, dass sich die Ziele der Industrie- und der Entwicklungsländer wesentlich unterscheiden und den Industrieländern eine doppelte Verantwortung zukommt. Für Industrieländer wurden absolute CO2-Reduktionsziele festgelegt. Dagegen sind Entwicklungsländer „lediglich“ dazu verpflichtet, die CO2-Intensität ihres BIP-Wachstums zu verbessern.

Das bedeutet: Bei wirtschaftlichem Wachstum dürfen ihre CO2-Emissionen sogar wachsen – allerdings weniger stark als das Bruttoinlandsprodukt. An dieser Stelle manifestiert sich das über 50 Jahre alte Anliegen Indira Gandhis: Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht zu Verhinderern von Entwicklung werden.

Ein zweiter grundlegender Unterschied: Die Klimaziele der Entwicklungsländer sind konditioniert. Sie müssen und können nur umgesetzt werden, wenn große Summen aus den Industrieländern fließen – ganz gemäß dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung.

Die Industrieländer haben also eine doppelte Aufgabe: Sie müssen sowohl die eigenen Ziele erreichen als auch Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen. Bei der Klimakonferenz in Baku 2024 wurde in der Abschlusserklärung festgehalten, dass bis 2035 jährlich 1,3 Billionen Dollar aus staatlichen und privaten Quellen aufgebracht werden müssen, um den Entwicklungsländern beim Erreichen ihrer Ziele zu helfen. Es geht um eine große gemeinsame Finanzierungsaufgabe, die noch nie auch nur ansatzweise erfüllt wurde. Während Deutschland 2024 knapp 12 Milliarden Euro für den internationalen Klimaschutz aufbrachte, benötigt allein Kenia zwischen 2031 und 2035 jährlich 9 Milliarden Euro an internationaler Unterstützung. Das hat das Land in seinem jüngsten NDC-Bericht (Nationally Determined Contribution – die nationalen Beiträge zum Klimaschutz) dargelegt.

GEBOT DER STUNDE

Die beschriebene Situation macht es unumgänglich, die beschränkten finanziellen Mittel effizient einzusetzen. Dies muss das Gebot der Stunde sein. Das bedeutet für Deutschland und andere Industrieländer: Es darf gerade nicht darum gehen, „koste es, was es wolle“, die letzte Tonne CO2 zu Hause einzusparen. Stattdessen gilt es, die Mittel für den Klimaschutz zum Beispiel unter Nutzung des Artikels 6 des Pariser Klimaabkommens international mit hoher Wirksamkeit einzusetzen. Dieser erlaubt Staaten, international zu kooperieren, um gemeinsam Emissionsreduktionen herbeizuführen. Auf diese Weise können Industrieländer ihre eigenen Klimaziele günstiger erreichen und darüber hinaus Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen.

Auch private Akteure wie Unternehmen können so Beiträge zum internationalen Klimaschutz leisten, die zugleich anderen Entwicklungszielen zugutekommen. Ebendies fördert die 2018 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegründete Allianz für Entwicklung und Klima. Sie sollte endlich die Öffentlichkeit und den klaren politischen Rückhalt bekommen,

den die Sache erfordert. Die Stiftung unterstützt Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen, die freiwillig Klimaschutzprojekte in Ländern des Globalen Südens umsetzen.

„Von zentraler Bedeutung ist die Formulierung einer positiven Zukunftsvision.“

WEGE NACH VORN

Internationale Klimafinanzierung ist ein Hebel für Entwicklung und damit für die gesamte Agenda 2030. Sie muss dringend ausgeweitet werden. In diesem Sinne sollten Akteure der Entwicklungszusammenarbeit sich dafür einsetzen, dass Deutschland als Industrieland im Sinne seiner doppelten Verantwortung handelt und die Erreichung der Klimaziele des Globalen Südens wesentlich umfangreicher unterstützt als bisher. Darüber hinaus sollte die Kooperation mit dem Privatsektor massiv ausgeweitet werden, der einen bedeutenden Anteil zur internationalen Klimafinanzierung beitragen muss.

Wer, wenn nicht die Entwicklungszusammenarbeit, sollte sich mit allem Nachdruck hierfür einsetzen? Der Klimawandel ist eine der großen Bedrohungen, die die Entwicklungsfortschritte zunichten machen könnten. Zugleich ist er die vielleicht größte Chance auf eine wesentlich ausgeweitete Entwicklungszusammenarbeit: Ohne Entwicklung kein gelingender Klimaschutz – das gilt es zu verstehen und in die Breite der Gesellschaft zu tragen, um Akzeptanz zu gewinnen. Wer beim Klimaschutz erfolgreich sein will, muss sich zugleich der Entwicklungszusammenarbeit widmen.



ESTELLE HERLYN

ist Professorin und wissenschaftliche Leiterin des KompetenzCentrums für nachhaltige Entwicklung an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management in Düsseldorf. Sie initiierte die Allianz für Entwicklung und Klima und ist unter anderem als Senior Advisor für UNIDO tätig.

estelle.herlyn@fom.de

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als
D+C Development and Cooperation.
Website: dandc.eu
ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 22. Dezember 2025 fertiggestellt.
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von
ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als
Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussions-
forum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler
Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche
englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.
Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern
Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalisti-
schen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor
Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interview-
partner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen,
zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150
engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),
Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner
(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),
Dagmar Wolf (DW, Assistentin)
Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli
Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Ssegujja Ssekandi,
Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
eu.z.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der
Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein, Anabell Krebs, Charlotte Rother

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation
veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle
gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise
die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale
Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und
sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die
Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten
bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen
Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder
behördlichen Zuständigkeiten.